



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 10.06.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:00 Uhr bis 18:57 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Johannes Menke Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 17:43 Uhr
Marion Krischok Dr. Christoph Bergner	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Mämecke, Teilnahme ab 16:21 Uhr
Andreas Scholtyssek	Sitzungsleiter, CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Thomann bis 16:30 Uhr, Teilnahme bis 17:20 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Herrn Aldag, Teilnahme bis 18:10 Uhr
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 16:30 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertreter für Herrn Raue
Dörte Jacobi Dr. Silke Burkert Yana Mark	Fraktion MitBürger & Die PARTEI SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:14 Uhr
Jens Breitengraser Torsten Doege Holger Krause Sabine Wolf	Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Daniel Zwick	Leiter Dienstleistungszentrum Klimaschutz
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herr Scholtyssek zum Sitzungsleiter ernannt.

zu Einwohnerfragestunde

zu Herr Lebegott zu Dieselfahrzeugen

Herr Scholtyssek verlas die eingereichte Einwohneranfrage von Herrn Lebegott:

Sehr geehrte Damen und Herren, die gesamte hallesche Taxi- und Mietwagenflotte sowie die hauptsächlich im Schülerverkehr freigestellten Fahrzeuge bestehen ausnahmslos aus großmotorigen Dieselfahrzeugen. In vielen anderen deutschen Städten fahren, teils seit 10 Jahren, auch reine Elektro-Taxis oder Hybriden. Der Vorteil: (vor Ort) keine Abgase und deutlich weniger Lärm. Viele Städte haben erfolgreich Förderprogramme für Elektro/Wasserstoff-Taxis und Hybriden aufgelegt. Natürlich flutscht das nicht überall gleich und es gibt auch Rückschläge. Ist mit den im neu gefassten Personenbeförderungs-Gesetz möglichen Spielräumen für Förderungen, zumal es in Halle eine Wasserstofftankstelle gibt, auch für Halle so etwas angedacht? Letzte Woche gab es ja die Entscheidung vom Europäischen Gerichtshof, dass Deutschland zu wenig für die Reduzierung der hauptsächlich durch Diesel verursachten Stickoxide unternimmt.

Herr Zwick antwortete, dass für die Stadt Halle für 2021 und 2022 kein kommunales Förderprogramm geplant ist. Eigene Förderprogramme im Elektromobilitätssektor entwickeln zum Großteil nur Weltstädte wie Den Haag oder Kopenhagen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von **Herrn Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Scholtyssek wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 5.1

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Premiumradroute Saaleradweg - D 11 Route

Vorlage: VII/2021/02531

→ **Vorschlag: absetzen, da im PA zurückgezogen**

TOP 5.5

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben

Vorlage: VII/2021/02262

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Es lag keine Niederschrift vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532**

Frau Jacobi brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Krischok sagte, dass die Friedhöfe der Stadt viele Lücken im Kernbereich für eine naturnahe Bestattung bieten könnten. Zudem sind die Friedwälder in Schönebeck und Freiburg nicht mit den Friedhöfen in Halle zu vergleichen. Sie begrüßte die Friedhofsgestaltung im Südfriedhof, diese sollte in dieser Qualität weiter betrieben werden. Ihre Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Herr Heym befürwortete das Konzept eines Friedwaldes. Seine Fraktion hatte bisher noch keine Möglichkeit sich über den Antrag auszutauschen, daher wird er sich bei der Abstimmung enthalten.

Herr Krause sagte, sich im Vorfeld an Friedhofsgärtner gewandt zu haben, um in Erfahrung zu bringen, wie die derzeitige Situation durch die Bevölkerung angenommen wird. Diese gaben ein positives Feedback zur Baumbestattung. Ein klassischer Friedwald ist seiner Meinung nach in Halle (Saale) nicht möglich. Er stimmte der Stellungnahme der Verwaltung zu. Des Weiteren gab er zu bedenken, dass viele Bäume absterben und das nicht den gewünschten Effekt für die Hinterbliebenen bringt.

Herr Scholtyssek stimmte der Aussage von Herrn Krause zu und betonte, dass das Baumsterben durch die Dürreperioden mit betrachtet werden muss.

Frau Mark sagte, dass ihre Fraktion das Ansinnen des Antrags begrüßt. Das Bestattungswesen ist ihrer Meinung in Deutschland sehr starr. Der Antrag könnte neue Möglichkeiten schaffen. Sie fragte die Verwaltung, ob es neben dem Aspekt der Konzeptionsüberarbeitung weitere inhaltliche Argumente gibt, die für eine Ablehnung des Antrags sprechen.

Herr Johannemann antwortete, dass die haleschen Friedhöfe ausreichende Baum- und Waldbestände aufweisen, die eine Bestattungsform, wie im Antrag formuliert, bieten könnten. Er wies auf das vermehrte Baumsterben auf Friedhöfen in den letzten Jahren und bei der Umsetzung des Antrags, auf die besondere Verkehrssicherheit hin. Das derzeitige Bestattungsangebot, welches die Stadt bietet, deckt den Bedarf der Bevölkerung ab.

Frau Jacobi bedanke sich für den Zuspruch bei Frau Mark und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich für die Einrichtung und den Betrieb eines Bestattungswaldes durch die Stadt Halle (Saale) im Bereich der Reserve- und Erweiterungsflächen des Gertraudenfriedhofs aus und beauftragt die Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Das Konzept ist dem Stadtrat im Rahmen einer Beschlussvorlage spätestens bis zum Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 21.10.2021 zur Beratung vorzulegen. Darin sind die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen darzustellen sowie ein Deckungsvorschlag für den Haushaltsplan 2022 beizufügen.

zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: VII/2021/02498

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Feigl

Dankeschön Herr Vorsitzender. Meine sehr geehrte Damen und Herren. Wie fängt man an? Klimawandel ist die ganze Zeit da und wir haben es an verschiedenen Stellen, verschiedene Sachen diskutiert und die Grünen-Fraktion ist der Meinung, dass wir zu diesem Thema auf jeden Fall, Stück für Stück auch in ein Handeln reinkommen wollen. Das nachhaltige Bauen beinhaltet unserer Meinung nach ein gesamtheitliches, oder verlangt eine gesamtheitliche Betrachtung der Folgewirkungen von Bauen insgesamt. Und das sind nicht nur die ökologischen Folgewirkungen, sondern eben auch die finanziellen Folgewirkungen, die dann übereinander gedeckt werden können.

Ich spiele an der Stelle schon auf die Stellungnahme der Stadtverwaltung an, die davon ausgeht, naja, das könnte eventuell teurer werden. Ich möchte dagegenhalten, wenn wir in eine gesamtheitliche Betrachtung einsteigen, dann relativieren sich Kosten, die wir heute in die Herstellung von bestimmten Maßnahmen haben, über die Zeit wieder. Wir können einfach nicht mehr ausblenden, dass solche Kriterien, wie die CO₂-Bilanz und auch der CO₂-Preis, der dann entsprechend auf Gebäude draufkommt, das der in einer Betrachtung nicht vor-

kommt und in den langfristigen Betrachtungen dann aber ganz klar zu Buche schlägt, eben auch in finanzieller Art und Weise.

Wir können einfach nicht wegdrücken, dass die Bundesregierung eine Richtlinie herausgegeben hat, wie viel Flächenfraß in Deutschland zugestanden werden soll. Also die Bundesregierung möchte den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag begrenzen. Ich hab das in einem anderen Antrag mal hochgerechnet auf die Stadt Halle. Wir sind also bei einer Flächeninanspruchnahme für all das, was wir an Bautätigkeiten in dieser Stadt erübrigen können, sind wir bei 4 ha pro Jahr. Das ist nicht so wahnsinnig viel. Also, diese Dinge müssen wir einfach in zukünftige Baumaßnahmen mitbetrachten.

Und jetzt komme ich zu dem Punkt, natürlich ist die Stadt nur an bestimmten, also bei wenigen Baumaßnahmen in der Lage, also selbst zu bauen und damit selbst verantwortlich zu sein, für das wie gebaut wird. Wir haben es aktuell mit dem Schulbau, den wir anstoßen in der Schimmelstraße oder zurzeit am Bau befindlich die neue Feuerwache in Büschdorf und Ziel sollte es sein, dass wir den ökologischen Fußabdruck in diesen Gebäuden in Zukunft hinterlassen, dass wir den so gering wie möglich halten. Wir haben dann mehrere Punkte dazu aufgeschrieben. Also das geht Bodeninanspruchnahme über Sachen, wie Einbindung von Solartechnik, von Photovoltaik, von Regenrückhaltung usw. und so fort. Das sind ein paar Anstriche in dem Antrag mit drinnen.

Aber eben ganz wichtig ist es, dass wir dazu kommen, dass wir Bauen nachhaltig für die kommenden Generationen, dass wir das eben auch langfristig und über den Lebenszyklus eines jeweiligen Gebäudes immer betrachten und da entsprechend verantwortungsvoll damit umgehen.

Im zweiten Anstrich sagen wir, natürlich ist das ein Prozess, der muss in Gang kommen. Von daher ist ja im ersten Punkt auch gar kein zeitlicher Horizont für die Umsetzung mit drinnen, aber wir sagen im zweiten Anstrich, wir wollen ein Modellprojekt haben. Verwaltung hat in der Stellungnahme auch gesagt, naja, mit der Schimmelstraße und in der neuen Schule sind wir ja vielleicht schon auf den Weg. Da möchte ich entgegenhalten. Ja, vielleicht. Also, wir sind an dieser Stelle an dem Punkt, dass wir die Kriterien für den Wettbewerb festgelegt haben. Das ist noch lange keine Umsetzung und es ist noch lange auch in der Planung noch keine Umsetzung, sondern, es ist sozusagen ein erster Schritt in diese Richtung. Wenn es denn im Verlaufe der weiteren Bearbeitung so sein sollte, das dieses Schulprojekt eben sich genau dafür eignet, als Modellprojekt herzuhalten, dann soll mir das durchaus recht sein, dass wir in diese Richtung laufen, nichtsdestotrotz müssen wir Mittel also kurz- und mittelfristig einfach in so ein Projektcharakter hineinkommen, um dann einfach mal, also, nicht nur drüber zu reden und Papier zu verursachen, sondern auch wirklich zu handeln. Also ich werde noch mal nachdrücklich für unseren Antrag. Sie haben ihn bestimmt gelesen und ich hoffe, er überzeugt und findet Ihre Zustimmung. Danke.

Herr Scholtyssek

Vielen Dank, Herr Feige. Ich hätte jetzt richtig Lust mit Ihnen zu diskutieren, bin aber da heute als spontaner Sitzungsleiter etwas gehemmt. Die Verwaltung möchte jetzt reagieren. Herr Rebenstorf meldet sich schon.

Herr Rebenstorf

Herr Heinz ist da, Herr Heinz wird gleich stellvertretend für GB III antworten. Ich hatte das im Planungsausschuss nur übernommen gehabt, weil die Kollegen nicht konnten. Ich kann das jetzt aber so nicht so stehen lassen, Herr Feigl, was Sie gesagt haben. Wir hatten das Thema mit der Flächeninanspruchnahme. Ich verstehe Sie grundsätzlich, ich verstehe auch das Thema, was da dahinter steht. Aber wir hatten Ihnen schon im Planungsausschuss vorge-rechnet, dass Sie die 4 ha sich ein Stückchen schön gerechnet haben.

Wir hatten ausdrücklich hingewiesen, man muss es auch auf Pro Kopf sehen und nicht nur auf das Stadtgebiet runterrechnen. Ich will das für alle nochmal sagen, wir werden das, das war ja aus dem Rahmen der Wohnbauflächenkonzeption, im nächsten Planungsausschuss, im nächsten Monat, das haben wir als Hausaufgabe mitgenommen, nochmal aufdröseln, wie die 30 ha zu werten sind, was der Bund sich als Ziel gesetzt hat und will auch ausdrücklich nochmal hinweisen, wir sind als Stadt Halle nicht München, wir haben ein strukturelles Defizit in unserer Entwicklung nach wie vor, auch was Flächen anbelangt. Und wir reden hier nicht über die Wachstumsschmerzen in der Stadt Halle, die München zum Beispiel hat, sondern uns geht es darum einfach strukturelle Defizite, die wir im Städtebau, im Wohnungsangebot aber auch im gewerblichen Bereich noch haben, die wir ausgleichen müssen und da stehen wir am Ende des Tages mit Sicherheit trotzdem besser da, als so manch andere Kommune, die weit, weit über ihre historische Grenze hinaus gewachsen ist.

Also, das war von meiner Seite nochmal zur Ergänzung zum Thema Flächeninanspruchnahme und Herr Heinz wird jetzt stellvertretend für GB III, da der kommunale Hochbau bei GB III angeordnet ist, nochmal ausführen. Vielen Dank.

Herr Heinz

Ja. Ich würde mich dann gleich anschließen. Meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Herr Feigl sprach zu Recht das Projekt Schimmelstraße an, den Neubau des Objektes in der Altstadt, wo wir auch offen waren, auch überzeugend offen waren und sind, tatsächlich entsprechende Kriterien zu prüfen und in den Prozess einfließen zu lassen. Wir sehen deshalb diese Schimmelstraße durchaus als ein Projekt, sowohl die Komponenten Zügigkeit und Schnelligkeit. Denn die Bauten dienen ja auch was, nämlich der Befriedigung, insbesondere Schülerzahl etc. in Einklang zu bringen mit einer angemessenen, langfristigen ökologischen Bilanz. Wir haben das ausdrücklich auch eingepflegt und da sehen wir als ein Modellprojekt, die dortigen Themen auch tatsächlich anzusprechen.

Wenn wir jetzt, Herr Feigl, und ihr Antrag ist in Ziffer eins nicht auf irgendwann einmal gerichtet, sondern ihr Antrag heiße, ab sofort hat die Stadt Neubauten und Sanierungsbauten nach diesen Kriterien zu entwickeln und auch planerisch aufzubereiten. Dann heiße das, dass bis auf Weiteres, erstmal nichts passiert. Wir müssten hergehen und bei jeder Art von Leistung die CO₂-Bilanz etc. zu analysieren und das kostet Zeit.

Deshalb ist meine dringende Bitte zu sagen, lassen Sie uns die Schimmelstraße nutzen, um sich adäquate Kriterien dort anzuschauen. Wir sind ohnehin dann schon dabei, Ihnen Grundsatzbeschlüssen, wie in der Schimmelstraße und den Baubeschlüssen sukzessive Einzelkriterien dort zu bearbeiten, aber nicht einen Beschluss auf die Schnelle, nicht ein Beschluss mit sofortiger Wirkung, denn sonst käme hier das Baugeschehen weitgehend zum Erliegen.

Herr Scholtyssek

Klares Statement. Vielen Dank. Dann sehe ich schon zwei Wortmeldungen. Zunächst Herr Heym, dann Herr Krause.

Herr Heym

Vielen Dank. Ich schließe mich da der Argumentation der Verwaltung ein Teilen an. Wir führen im Moment, das ist auch am Beispiel Schimmelstraße deutlich geworden, die Diskussion immer objektbezogen und wägen dort ab. Das heißt also, diese Betrachtung, die im Antragstext gewünscht wird, wird ja im Stadtrat schon, ist ja dort gelebte Praxis. Die orientiert sich natürlich am Machbaren, an Zeitschienen und an den finanziellen Mitteln, und das ist aus meiner Sicht und aus Sicht meiner Fraktion der richtige Weg, im Umgang mit der Problematik.

Ein Stadtratsbeschluss, der quasi hier eine Priorisierung vornimmt und dann im Zweifel finanzielle Mittel verbraucht, die fürs Bauvorhaben für zweckdienliche Einbauten, Entwicklungen dort etc., dann nicht mehr vorhanden sind, weil sie verbraucht sind. Und damit die Nutzbarkeit gefährden, das halten wir nicht für zielführend. Es ist aus unserer Sicht in jedem Fall abzuwägen immer im Einzelfall auch anhand der finanziellen Mittel, weil es wächst ja halt auch in Halle nichts in den Himmel. Wir kennen die finanzielle Situation in der Stadt, im Land. Die Diskussion um die Lebensarbeitszeit ist gerade wieder entfacht. Wir haben im Land riesige Probleme an allen Stellen, sodass wir immer, aus meiner Sicht, gut daran tun den Einzelfall zu beraten. Die Strukturen sind vorhanden. Im Stadtrat sind engagierte Bürger gewählt als Vertreter. Diskussion kann dort geführt werden. Diesen Beschluss, der hier gewünscht wird, den brauch es aus unserer Sicht nicht, wir lehnen ihn deshalb ab.

Herr Scholtyssek

Dankeschön dann Herr Krause, dann Herr Doege und danach Herr Menke.

Herr Krause

Also im Grunde genommen, finde ich den Antrag gut. Die Frage ist natürlich, er greift einige Komponenten des, ich sage mal, des Bauzertifikates auf. Es gibt ja, das ist ja nichts ganz Neues. Es gibt das deutsche DGNB-Siegel und dann adäquat für die öffentlichen Bauten des Bundes und der Länder das BNB-Siegel. Beide sind strukturiert mit Zertifizierungsgraden von Gold, Silber, Bronze und setzen sich zusammen aus 25 Prozent circa ökonomische Qualität, soziokulturelle, funktionelle Qualität, technische Qualität und dann 10 Prozent Prozessqualität.

Und das sind ja nun nicht Sachen, die jetzt irgendwie gestern oder erst vorgestern erfunden worden sind, sondern die sind etabliert im Markt. Die Frage wäre im Grunde genommen, so schwammig im Grunde genommen das vorhin vonseiten der Verwaltung klang, warum nicht an diesem Pilotprojekt in dieses (unverständlich) für die Ausschreibung, gleich diesen Standard des Bundes zu hinterlegen und dann sagt man mindestens Silber und dann weiß im Grunde genommen alle Akquirierenden, was sie dort leisten müssen und was am Ende die Stadt bekommt. Nämlich ein Bauwerk, was ein anerkanntes Zertifikat, und zwar, ein Nachhaltigkeitszertifikat und nicht irgendwie partielle Zertifikatspunkte, die natürlich nur teilweise Kriterien genügen.

Und wir alle, nur mal zu meinem Vorredner, das Thema CO₂-Bepreisung. Also, nicht nur die Bundesregierung legt die Preise fest, sondern der Markt. Mittlerweile steigen Investoren ein und der CO₂-Preis ist weit über das doppelte, von dem was mal für dieses Jahr angedacht ist und er wird weiter steigen, weil das quasi jetzt ein Investment ist. Das heißt, nachhaltig bauen wird natürlich über die Betriebszeit und wenn man dann ein Gebäude baut, betrachtet man nicht die Neubaukosten, sondern sie bezahlen das Haus zweimal in der Standzeit. Weil nur mal so, weil ich aus der Branche kommen, als Facility Manager und deswegen, je mehr sie in die Planung investieren und nachhaltig bauen, desto weniger überzieht der Betriebskosten und ich sage mal, diese Schule wird bestimmt mit einer Standzeit von mindestens 20 oder 30 Jahren ausgelegt sein, sodass die Kosten mit einer nachhaltigen Planung, mit Baumaterialien und einem energetischen Konzept, was mir hier noch bei dem Vorschlag eigentlich fehlte, also das energetische Konzept, dann ist das im Grunde genommen eigentlich wo wir hin sollten. Und die Anregung wäre vielleicht, dass man überhaupt mal darüber nachdenkt, also, für ein oder zwei Pilotbauten eines dieser beiden Zertifikate, entweder das DGNB-Siegel oder das vom Bund, bei Ausschreibungen sozusagen mitzuplatzieren.

Herr Scholtyssek

Gut, Dankeschön. Möchte die Verwaltung zunächst auf die ganz konkrete Anregung reagieren?

Herr Heinz

Ja, der Antrag von Herrn Feigl, von den Grünen geht ein Stück drüber hinaus. Die bisher angesprochenen Zertifikate orientieren sich vor allem an kosteneffizientem Bauen und auch nachhaltigen Bauen. Sie kennen es von unseren PPP-Projekten etc. Da bin ich ja sofort dabei. Die Stadt hat schon gesetzlich, schon betriebswirtschaftliches Gebot der Wirtschaftlichkeit zu erfüllen und daran arbeiten wir auch. Klar ist, dass der jetzige Antrag nicht nur auf Preis-Leistungs-Verhältnis setzt, sondern auch auf ökologische Aspekte, die teilweise weit darüber hinausgehen, als das, was an den aktuellen Zertifikaten da ist. Lange Rede kurzer Sinn. Es bleibt dabei. Hier auf die Schnelle irgendwelche Vorgaben zu machen, halte ich für falsch. Wir sind ja dabei, durchaus im Dialog mit dem Stadtrat, das haben Sie in der Schimmelstraße schon mitgekriegt, sukzessive Standards zu entwickeln. Man hat auch ein Klimaschutzkonzept gemacht, das dort weiterzuarbeiten ist, aber jetzt auf die Schnelle solche Dogmen zu entwickeln, ist massiv schädlich für unser Investitionsprogramm.

Herr Scholtyssek

Dankeschön. Dann hat jetzt Herr Doge das Wort.

Herr Doege

Ja, es gab ja einen ersten Entwurf für diesen Antrag der Grünen, dann einen Zweiten, da ist dann auf einmal das Verbot der Biozide reingekommen. Bin ich etwas erstaunt, weil man da ja eine relativ große Klasse an Beschichtungssystemen innen und außen ausschließt. Vor allem, wenn man es so kategorisch formuliert, kommt ja im Zweifelsfall bei der Innenwandfarbe nicht einmal mehr der klassische blaue Engel zum Einsatz. Ich weiß nicht, ob das wirklich gut durchdacht ist.

Herr Scholtyssek

Okay, kurz und knapp, dann jetzt Herr Menke, danach Frau Krimmling-Schoeffler.

Herr Menke

Ja. Dankeschön. Also, ich halte Ziffer eins und zwei des Beschlussvorschlages auch für äußerst gefährlich, weil ich meine, dass es auch zu Stillstand führt und zum Teil Bauen unmöglich macht. Wenn ich mir allein angucke, bei Ziffer eins, da heißt es, zukünftig Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Gebäudebereich die aktuellsten Methoden anzuwenden. Also, man versucht nicht nur aktuelle Methoden hier festzulegen, sondern man versucht, ein Wort, das man gar nicht steigern kann, nämlich aktuell, sogar noch zu steigern, aktuellst. Das heißt für mich, wenn die Stadt Halle in eine Planung reingeht und kommt dann irgendwann dazu, das es auch zur Ausschreibung kommt und in der Zwischenzeit haben sich möglicherweise Baumethoden geändert, dass man dann das Ganze, weil man ja auch nicht nur die Planung, sondern auch die Neubaumaßnahme selber nach den aktuellsten Methoden umsetzen muss, das muss man die ganze Sache stoppen muss und fängt wieder neu an zu planen. Und das ist für mich vollkommen unüberschaubar, was denn dann aus so einem Antrag dann am Ende für Folgen zeitigt.

Flächenfraß habe ich in dem Antrag gar nicht erkannt bisher. Und bei der Ziffer 2 sehe ich das auch so, dass das zu Stillstand führen kann, weil wenn wir jetzt ein Modellprojekt von der Stadt uns vorlegen lassen und alles, was dann kommt, daran orientieren, heißt das ja, das wir in fünf oder zehn Jahren uns immer noch an diesem Modellprojekt orientieren, das vielleicht schon überholt ist. Also, für mich ist das nicht überschaubar, was daraus sich dann entwickelt. Ich sehe das ähnlich wie Herr Heinz. Dankeschön.

Herr Scholtyssek

Okay, dann jetzt bitte Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, wir hatten ja die inhaltliche Diskussion zum Teil auch schon im Planungsausschuss. Da kann ich schon mal sagen, da hatte der Ausschuss mehrheitlich zugestimmt. Ich bin jetzt ein bisschen irritiert, dass wir uns jetzt allen erzählen, was gerade alles nicht geht, anstatt zu gucken, was man aus dem Antrag tatsächlich machen könnte. Ich kann nur sagen, also die Berechnung von der CO₂-Bilanz, das kostet Zeit, aber die müssen wir irgendwann schon mit einberechnen. Das meine nicht mit irgendwann, sondern wir müssen damit jetzt beginnen.

Also, wir haben eigentlich gar keine Zeit mehr und es ärgert mich gerade ein bisschen, dass wir jetzt sozusagen uns gerade erzählen, was alles nicht geht und ich einfach möchte, dass wir tatsächlich bedenken, dass wir wahrscheinlich zukünftig gar keine andere Chance haben und es schön wäre, wenn wir einfach mal anfangen können. Und Herr Rebenstorf hatte am Dienstag auch noch mit unserem Klimaschutzkonzept argumentiert und da muss ich sagen, das sind einfach Sachen, die man auch ins Klimaschutzkonzept mit übertragen könnte, weil das sind konkrete Maßnahmen und Herr Krause hat es gesagt, die Betriebskosten, die werden einfach geringer und auch das ist zukünftig gedacht und der Verbrauch von Mehrressourcen, die hat hier noch gar keiner angesprochen. Wir werden irgendwann keine Primärressourcen mehr in dem Sinne zur Verfügung haben, wie wir sie brauchen, deswegen würde ich schon bitten, dass wir gerade also Umweltausschuss doch nochmal ein bisschen an die Sache herangehen.

Herr Scholtyssek

Dann hat sich Herr Feigl gemeldet.

Herr Feigl

Dankeschön. Ich wollte auf einige Sachen reagieren. Danke Frau Krimmling-Schoeffler für den Beitrag eben. Es hat mich auch etwas irritiert. Ich bin ja nur zu Gast hier in diesem Ausschuss. Dass ausgerechnet der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Ordnung sich aus meiner Wahrnehmung doch mehrheitlich so dagegen stämmt, irritiert mich etwas. Ich glaube, die Aufgabe sollte wirklich eine andere, also gerade bei diesem Ausschuss, sein. Das ein bisschen voranzutreiben.

Eins, zwei Sachen möchte ich richtig stellen. Wir haben bewusst den Leitfaden nachhaltiges Bauen des Bundes im ersten Punkt genannt, als ein Kriterium, an dem man sich langhangeln kann. Es wäre sozusagen eine Grundlage für die Stadtverwaltung, genau das zu erfüllen, was in diesen Leitfaden drin steht, um eben genau das, was in den Anstrichen genannt ist zu erfüllen.

Wir wollen, Herr Heinz, man kann es immer falsch verstehen, aber eigentlich steht es so nicht drin. Also, was nicht in dem Antrag drin steht ist, stoppt jetzt alle Bauvorhaben und handelt ab sofort nur noch in dieser Richtung. Es steht wörtlich drin, zukünftige Bauvorhaben. Zukünftige sind die, die sozusagen vor uns liegen und nicht bei denen wir gerade dran sind. Es wäre natürlich schön, wenn wir das, ein Stückchen weit vorziehen könnten, aber natürlich ist keiner daran interessiert, irgendwas an dieser Stelle zu verzögern.

Also, gucken wir nach vorne und nehmen wir bei jedem, also so viele werden es nicht sein an städtischen Bauvorhaben, die wir pro Jahr umsetzen werden, aber wir müssen einfach diesen Schritt gehen, dass wir nachhaltiger bauen. Und zu dieser finanziellen Sache habe ich auch schon was gesagt. Es ist wahrscheinlich, dass es in der Gesamtbetrachtung sich ganz vieles relativiert. Was wir am Anfang an Mehraufwand reinstecken, das holen wir mehrfach hinten raus, und zwar nicht nur, nicht nur finanziell, sondern auch ökologisch.

Und Herr Menke, die neuesten Richtlinien oder die neuesten Möglichkeiten, die wir haben, da geht es uns einfach darum, wir wollen einfach so gut wie möglich sein. Wir wollen nicht irgendwo im Mittelmaß und d. h. nicht, dass wenn wir einmal losgelaufen sind, dann alles stoppen, bloß weil gerade eine neue technische Lösung um die Ecke gekommen ist. Man kann immer viele Gründe finden, um sowas schlecht zu reden, aber wir sollten einfach konstruktiv nach vorne schauen und alle Anstrengungen unternehmen, um hier nachhaltiges Bauen in dieser Stadt auch wirklich zu etablieren. Und ich glaube, dazu haben wir jetzt einen Anstoß gegeben. Und wenn Sie an der einen oder anderen Stelle einen Änderungsbedarf haben, dann lassen Sie es uns wissen, dann können wir noch an diesem Antrag arbeiten. Aber ansonsten würde ich mich freuen, wenn wir zumindest diesen grundsätzlichen Willen, dieses grundsätzliche Losgehen, wenn wir das beschließen und sagen, ja wir wollen in diese Richtung gehen und wir wollen nachhaltiger bauen. Danke.

Herr Scholtyssek

Gut, vielen Dank nochmal für das Statement. Dann habe ich eine Meldung von Herrn Dr. Bergner, Frau Burkert, ist das eine Meldung? Gut, dann zunächst Frau Dr. Burkert und dann Herr Dr. Bergner.

Frau Dr. Burkert

Gut, vielen Dank. Also, wir haben das bei uns in der Fraktion ausführlich auch diskutiert und finden das sind sehr wichtigen Punkte, die Herr Feigl bzw. die Fraktion DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90 da aufgebracht haben. Und sind aber der Meinung, dass man den ersten Satz dementsprechend ändern könnte: Die Stadt Halle verpflichtet sich bei zukünftigen Sanierungs- und Baumaßnahmen zu prüfen und zu bewerten, anstatt anzuwenden.

Das würde sozusagen ein bisschen den Druck rausnehmen und würde trotzdem zeigen, wie wichtig uns die CO₂-Bilanz, aber auch dieses Recycling, Begrünung und Regenwassernutzung und die weiteren Maßnahmen sind und können uns vorstellen, das man dann ergänzt: Das Prüfergebnis, das soll anhand der klimapolitischen Ziele der Stadt Halle und nach nachvollziehbaren Kriterien in der Begründung der entsprechenden Beschlussvorlage dem Stadtrat in einer übersichtlichen Form dargestellt werden. Also, da sind wir dran als Fraktion, auch einen Änderungsantrag zu erstellen, wo das sozusagen in der Form dann beschrieben wird. Vielen Dank.

Herr Scholtyssek

Gut, den Änderungsantrag können wir natürlich heute noch nicht abstimmen, weil er uns noch nicht vorliegt. Okay, dann warten wir sozusagen auf den Stadtrat. So, dann Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ich wollte nur, weil Herr Feigl, etwas moniert hat, dass ausgerechnet der Ausschuss, der Klimaschutz und Umwelt im Namen hat, jetzt hier die Vorlage problematisiert. Herr Feigl, ich versteh es so, dass die Intentionen ja überhaupt nicht infrage gestellt werden. Aber ich selbst habe auch das Problem, dass ein Grundsatzbeschluss sowie grundsätzlich wie er hier formuliert wird, im Grunde genommen eine Dogmatisierung der ganzen Prozesse zur Folge hat. Und eigentlich keine Güterabwägung mehr zulässt, die sich im Einzelfall stellt. Und insofern ist für mich eben die Frage, warum brauchen wir einen solchen dogmatischen Beschluss, warum kann es nicht, Herr Heym hat es schon artikuliert, im Einzelfallgeschehen? Nur die Intentionen sind damit überhaupt nicht infrage gestellt. Ich wäre auch dankbar, wenn das nicht so dargestellt würde. Es geht um die Frage: Müssen wir uns jetzt selber Mühlstein um den Hals binden, wenn es weitergehen soll?

Herr Scholtyssek

Okay, klare Fragestellung. Ich hatte zwischendurch mal gesehen, Herr Menke, Sie haben immer mal die Hand gehoben. Es würde die Sache erleichtern, wenn Sie, wie die anderen, die elektronische Hand nutzen würden, weil das dann auf meinem Bildschirm immer ganz nach oben springt. Ich hab nicht alle 23 Personen hier immer so im Auge, dass ich sehe, ob Sie Ihre Hand vor den Bildschirm heben oder nicht. Dann würde ich Ihnen zunächst das Wort geben, Herr Menke.

Herr Menke

Danke, ich schaue mal, wo ich hier die elektronische Hand finde. Ich wollte nur nochmal auf Herrn Feigl antworten.

Herr Feigl, vielleicht ist es ja sogar, ich bin auch nur Gast hier, aber gerade dieser Ausschuss, derjenige, der ganz genau auch auf Ihre Formulierung schaut und da Sie mich auch persönlich angesprochen haben, ich bin sehr für nachhaltiges Bauen, ja das Nachhaltigkeitsprinzip hat mich mit 16 Jahren sehr interessiert, weil ich mal Förster werden wollte. Und das Nachhaltigkeitsprinzip ist in der Forstwirtschaft schon vor über 100 Jahren im Erzgebirge entwickelt und angewendet worden. Das finde ich sogar ganz toll, aber ich sehe das genauso wie Frau, Frau Dr. Burkert, die das gerade geschildert hat, wenn der Antrag so wie Frau Dr. Burkert das skizziert hat, dann abgeändert wird, wird der auch im Stadtrat meine Zustimmung finden. Ich finde, Sie versuchen ja einfach das Ganze zu sehr festzuzurren und in so eine Richtung zu drängen, dass das dann nicht mehr überschaubar ist für mich, was das am Ende für Folgen hat.

Ich habe ihm schon gesagt, auch mit diesem Wort aktuellste Methoden, der Leitfaden des Bundesministeriums. Das ist nur ein Leitfaden. Aber Sie versuchen daraus fast ein Gesetz zu machen, sodass man da kaum noch rauskommt, aus dieser, ich würde schon fast sagen, aus dieser Falle.

Und auch der Punkt zwei, wie gesagt, das hatte ich eben schon ausgeführt, ein Modellprojekt erstellen und dann muss ich alles nur noch an dem Modellprojekt orientieren, das kann sogar zum Stillstand führen. Ich habe überhaupt nicht gegen nachhaltiges Bauen und auch CO₂-Bilanzen von Gebäuden betrachten, finde ich völlig richtig, man kann ja auch CO₂-neutral inzwischen bauen, wenn man entsprechende Baustoffe verwendet. Das ist eine tolle Sache. Das muss auch nicht unbedingt teurer, als eine konventionelle Bauweise, aber mir geht das einfach hier ein bisschen zu weit von der Formulierung her. Ich habe Angst davor, dass wir uns Fesseln anlegen, die unnötig sind. Und zwar auch im Sinne der Sache, die unnötig sind.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank nochmal für das Statement. Jetzt melden sich noch Herr Heinz und Herr Feigl. Wer von Ihnen möchte zuerst?

Herr Heinz

Ich lasse gerne dem Stadtrat den Vortritt.

Herr Feigl

Sie wollen das letzte Wort haben. Ich würde ganz gerne nochmal auf Herrn Bergner nochmal reagieren. Wir haben den Antrag gebracht, weil wir sehen, dass sich in den letzten Jahren in dieser Richtung nur sehr wenig entwickelt hat. Wenn Sie sich die Schule auf dem Holzplatz angucken (zugegebenermaßen das war eine andere schwierige Situation, die uns zu bestimmten Sachen gezwungen hat), aber eben auch, was die Feuerwache, die jetzt in Büschdorf gebaut wird. Wenn wir diese beiden Gebäude anschauen, dann stellen wir fest, von al-

lein kommen wir nicht zu nachhaltigen Bauen. Wenn wir nicht bestimmte Dinge vorgeben, wenn wir nicht bestimmte Kriterien festlegen, allein aus dem Klimaschutzkonzept, was wir haben, daraus was abzuleiten, ist offensichtlich zu wenig. Und wenn wir wirklich zu einer Umsetzung kommen wollen, wenn wir wirklich dazu kommen wollen, dass wir auch wirklich uns in diese Richtung bewegen, dann müssen wir auch klar sagen, das wollen wir, das wollen wir auf jeden Fall und dann schreiben wir das fest und dann geht auch eine Stadtverwaltung in diese Richtung und dann gehen auch Planer in diese Richtung, weil es gesetzt ist. Wenn es nicht gesetzt ist, dann wird nichts passieren, dann werden wir uns mit ein paar Fassadenbegrünungspflänzchen und ein bisschen Grün auf dem Dach oder vielleicht mal an jedem dritten, irgendwo eine Zisterne in die Erde verbuddeln, da werden wir uns mit diesem Kleinkram, mit diesem ökologischen Aufhübschen, dann werden wir uns damit beschäftigen.

Wir müssen einfach konsequenter werden, auch in der Formulierung, wo wir hin wollen. Und genau da zielt dieser Antrag hin. Und deswegen fände ich es sehr ärgerlich, wenn wir dann schon wieder am Anfang aufweichen, mit dem, was Frau Burkert vorgeschlagen hat. So sehr ich sehe, dass Sie sozusagen dem Antrag helfen wollen, der Sache am Ende, wenn dann wirklich, also, am ersten Punkt schon wieder die Ausstiegsklausel mit drinnen ist, der Sache hilft es an der Stelle nicht wirklich. Also, ich bitte folgen Sie dem Ursprungsantrag. Vielleicht ist die eine oder andere Formulierung dort nicht wirklich ganz sauber und ganz toll gewählt. Geben Sie uns einen Hinweis, dass wir da vielleicht ein bisschen nacharbeiten. Aber wir sollten sozusagen von dem Ziel, sollten wir nicht abweichen. Dankeschön.

Herr Scholtyssek

Okay, Herr Feigl. Sie gestatten mir jetzt mal einen kurzen Kommentar. Die Stadt Halle erfüllt bei ihren Bauvorhaben sämtliche gesetzliche Anforderung. Was Sie jetzt wollen, geht darüber hinaus. Das ist einfach Fakt. Die baurechtlichen Vorschriften werden vom Bund gemacht und mit der Bauordnung vom Land und die Stadt Halle erfüllt das alles. Über was wir jetzt reden, ist darüber hinaus gehend. Das nur mal als Anmerkung von mir. Dann Herr Heinz bitte.

Herr Heinz

Vielleicht als hauptsächlich oder vordringlich abschließendes Statement. Das zentrale Ansinnen von Ihnen ist, ab sofort, nicht in laufende Baumaßnahmen, aber alles, was künftig kommt, jede Sanierung soll unbedingt nach diesen Kriterien erfolgen. Schauen Sie, Bauen sind dem täglichen Wandel unterworfen. Natürlich auch die Projektierung und wer aus dem Fenster guckt, hat viel Verständnis dafür, dass solche Ziele hier auch eingepflegt werden. Aber lassen Sie uns daraus einen Prozess machen. Wir sind gerne mit dabei zu sagen, anhand eines Modellprojektes, lasst uns Kriterien entwickeln. Sie haben recht, so ein Pflänzchen oder eine Dachbegrünung, das ist fast eher nebensächlich. Wie kommen wir da ganzheitlich weiter? Aber das braucht, ähnlich wie beim Schulbau, wo wir jetzt auch innerhalb eines Jahres versuchen, Kriterien zu entwickeln, das braucht eine gewisse Zeit erst Kriterien abzuwägen und zu entwickeln und dann kann man immer noch drüber reden, in welcher Form will sich die Stadt, als Bauhandbuch oder was auch immer zu eigen machen. Aber jetzt von vornherein starten mit Ziffer eins, ab sofort gilt das, das sorgt für eine Zäsur, wo ich nur warnen kann. Das Investgeschehen wird damit aufgehalten.

Herr Scholtyssek

Okay, dann haben wir noch eine Wortmeldung von Herrn Krause.

Herr Krause

Ja, ich wollte eigentlich nochmal zu der Intention, also, was Sie sagten Herr Heinz, dass wir jetzt nochmal in den Prozess kommen sollten und drüber gerne diskutieren wollen. Ich finde im Grunde genommen, man hätte schon vor (unverständlich) Jahren anfangen sollen zu diskutieren. Also, bin ich im Grunde genommen, dass man da so langsam, so in die Pötte kommt, das halte ich für, ich sage mal, nicht so gerade, ich sage mal sportlich. Sagen wir

mal so. Wenn ich sehe, wir sind ja als Stadt, wohl mit kommunalen Wohnungsgesellschaften, Bauherren öffentlicher Art, als Träger für Schulbauten etc. auch öffentlicher Träger und ich finde, die Intention von dem Antrag im Grundsatz, mehr Stringenz reinzubringen und nicht irgendwie nach Haushaltslage, na dieses Jahr ist es schwierig, nächstes Jahr vielleicht, so und eine auch architektonisch wenig attraktive, wie dieser Schulbau am Holzplatz. Ich habe ihn mir mehrmals angeguckt. Ist ein funktionaler Bau. Also, der hat keine Meisterleistung im a) gestalterischen und b) im ökologisch, nachhaltigen; für meine Begriffe. Und da gilt es letztendlich auch vonseiten der Stadt, einfach an Pilotprojekten, ich gebe sicherlich recht, dass man das nicht mit heute und morgen starten sollte und sofort, sondern dass man das im Grunde genommen an Pilot, nehmen wir mal gerade diese Schule an der Schimmelstraße, dass man das dort, ich sage mal, beispielhaft mal zeigt. Letztendlich auch als Vorbildfunktion. Man erwartet ja ganz viel von den privaten Investitionen.

Ich habe so das Gefühl, dass man sich dann zurücklehnt als Stadt, als Bauherr, in vielerlei Hinsicht und sagt, naja, wir können uns das nicht leisten, dass sollen jetzt mal die Investoren machen. Und ich glaube, das ist ein falsches Signal. Und das bremst auch keine Investitionen aus. Also, ich war bei einer ersten Zertifizierung der DGNB von einer Sanierung in München dabei gewesen. Das ist ungefähr 10 Jahre her. Da haben sie einen Funktionsbau umgewandelt in einen Bürobau. Also, ich muss sagen, das verhindert nicht, sondern das regt regelrecht an, das inspiriert. Und wer weiß, was die freisetzen an Möglichkeiten und vielleicht gilt Halle dann nicht mehr als langweilige Baustadt, sondern als spannende Baustadt und das wäre durchaus ein Impuls, mit dem man dort Signale setzt.

Herr Scholtyssek

Ja, eine spannende Diskussion. Wir haben immer mehr Wortmeldungen. Vielleicht kommen wir dann aber langsam doch mal zu einem Ende. Wir haben jetzt Herrn Heym und dann nochmal Herr Heinz.

Herr Heym

Ja, ich möchte auf eins eingehen. Ich finde, das geht ein bisschen an der Realität vorbei, wohin die Diskussion hier geht. Das höre ich in anderen Ausschüssen auch, wenn Grüne und Linke Anträge stellen recht häufig, dass wir die Betrachtung der Finanzen auf eine lange Zeitschiene vornehmen sollen, oder ganz vernachlässigen wollen. Alle Vorhaben, die mir bekannt sind, die wir in der Stadt realisieren, sind mit einem klaren finanziellen Volumen, und zwar jetzt durchzuführen. Da ist eine jahrzehntelange Betrachtung überhaupt nicht relevant, sondern wir projektieren mit den finanziellen Mitteln, die uns jetzt und hier und heute zur Verfügung stehen und die Art der Diskussion, wie sie hier geführt wird, ist aus meiner Sicht an der Stelle eben nicht leblig, weil sie diesen Aspekt überhaupt nicht mit einbezieht und darauf wollte ich vorhin hinaus.

Wenn ich jetzt, wie in der Schimmelstraße eine Schule baue, die ganz klare pädagogische Anforderungen erfüllen soll, wo auch ganz klare Vorstellungen sind, was auch Geld kostet, dann müsste ich, wenn ich hier die Priorisierung auf diese Nachhaltigkeit, gegebenenfalls auch mit einem höheren Kostenfaktor vornehme, dort Abstriche machen. Und genau darum ging es mir vorhin in meinem Beitrag. Ich möchte, das im Einzelfall mit Ihnen besprechen können. Und ich möchte nicht diesen dogmatischen Beschluss, dass diesem Dogma alles untergeordnet ist, weil das ist im Zweifel dann nicht zielführend und blockiert uns an anderer Stelle, nämlich zum Beispiel an diesen pädagogischen Konzepten und ihrer Umsetzbarkeit. Diese Fesseln möchte ich uns nicht anlegen und deswegen sind wir gegen diesen Antrag. Ich bin der Meinung, die Frau Dr. Burkert mit Ihrem Beitrag hat da sinnvoll beigetragen und wir sind hier sicherlich alle nicht gegen Nachhaltigkeit, aber wir müssen aus meiner Sicht und da ist die Idee, die dort gekommen ist hilfreich, ein Kompromiss finden, wie wir diese Zielsetzungen quasi unter einen Hut bringen, mit den ganzen Rahmenbedingungen, die wir eben nun mal haben. Und die wir nicht ändern können, weil ich sagte es vorhin, auch in Halle wachsen die Bäume nicht in den Himmel und Goldesel habe ich auch noch nicht gefunden.

Herr Scholtyssek

So, vielen Dank. Wir haben jetzt einen Geschäftsordnungsantrag von Frau Mark, die Debatte zu beenden. Ich sehe jetzt aber auch keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wenn dem wirklich so ist, müssten wir den Geschäftsordnungsantrag ja nicht noch extra abstimmen. Also, es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann würde ich Frau Mark fragen, ob sie den Geschäftsordnungsantrag aufrechterhält. Nein. Dann können wir jetzt in die Abstimmung eintreten. Ich beginne mit den sachkundigen Einwohnern. Die erste Kachel, die ich sehe, ist Frau Wolf.

Frau Wolf

Ich stimme für den Antrag.

Herr Scholtyssek

Eine Zustimmung. Herr Doege.

Herr Doege

Nein.

Herr Scholtyssek

Herr Breitengraser.

Herr Breitengraser

Dafür.

Herr Scholtyssek

Und Herr Krause.

Herr Krause

Enthaltung.

Herr Scholtyssek

So, weitere Sachkundige sehe ich jetzt hier nicht, dann war das von den Sachkundigen eine Zustimmungsempfehlung.

Frau Lange

Korrekt, zwei Ja, ein Nein und eine Enthaltung.

Herr Scholtyssek

So, dann frage ich nochmal zur Klarstellung in Richtung der Grünen. Herr Feigl ist nur zu Gast, abstimmen tun Herr Helmich und Frau Thomann.

Herr Helmich

Richtig.

Herr Scholtyssek

Dann zunächst Frau Krischok.

Frau Krischok

Ja.

Herr Scholtyssek

Frau Dr. Burkert.

Frau Dr. Burkert

Enthaltung.

Herr Scholtyssek

Herr Heym.

Herr Heym

Nein.

Herr Scholtyssek

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja.

Herr Scholtyssek

Frau Mark.

Frau Mark

Nein.

Herr Scholtyssek

Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Ja.

Herr Scholtyssek

Herr Menke.

Herr Menke

Nein.

Herr Scholtyssek

Frau Thomann.

Frau Thomann

Ja.

Herr Scholtyssek

Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Nein.

Herr Scholtyssek

Herr Helmich.

Herr Helmich

Ja.

Herr Scholtyssek

Und ich selbst stimme mit Nein. Dann habe wieder ein Patt. Fünf Ja, fünf Nein, eine Enthaltung. Wir kommen heute zu keiner klaren Entscheidung.

-Wortprotokoll Ende-

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: VII/2021/02498**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle verpflichtet sich bei zukünftigen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen im Gebäudebereich die aktuellsten Methoden des ökologischen Bauens und zur Sicherung der Nachhaltigkeit anzuwenden. **Sie orientiert sich dabei am Leitfaden „Nachhaltiges Bauen“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.**

Das bedeutet insbesondere, dass bei Planungen und Umsetzungen von Bauvorhaben Technologien und Baumaterialien zu verwenden sind, die folgende Kriterien berücksichtigen, um damit die Wirtschaftlichkeit über den gesamten Lebenszyklus sicherzustellen:

- a. CO₂-Bilanz bei Sanierung/Neubau (inklusive Gewinnung/Herstellung, Transport und Entsorgung der Baustoffe nach dem Ende des Lebenszyklus) und im Betrieb des Gebäudes,
- b. Bodenfraß bei Gewinnung der erforderlichen Baustoffe,
- c. Müll/Recycling im Falle des Abrisses,
- d. Begrünung von Dächern und Fassaden,
- e. Verwendung von Regenwasser als Grauwasser,
- f. Installation von Solarthermie und Photovoltaik, ~~sowie~~
- g. finanzielle Berücksichtigung stark steigender CO₂-Preise über den gesamten Lebenszyklus des Objekts- **sowie**
- h. Verwendung biozidfreier Baustoffe.**

Dabei ist insbesondere auf nachwachsende und recycelte Roh- und Baustoffe zurückzugreifen. Baubeschlüsse sind entsprechend aufzubereiten und stellen die Auswirkungen des Vorhabens bei diesen Kriterien bezogen auf den gesamten Lebenszyklus des Gebäudes dar.

2. Die Stadt Halle plant für das zweite Halbjahr 2021 ein Modellprojekt entsprechend der unter Beschlusspunkt 1 benannten Kriterien, an dem sich alle folgenden Bauvorhaben orientieren sollen. Die Stadtverwaltung stellt das Modellprojekt dem Stadtrat zur Beratung und Evaluierung vor.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364**

Herr Menke stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Paulsen verwies auf die Diskussion im letzten Ausschuss. Er verwies auf die Stellung-

nahme der Verwaltung und plädierte für eine Behandlung des Antrags.

Herr Scholtyssek bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

- (1) Der Stadtrat beauftragt seine Ausschüsse, Planungs- und Baumaßnahmen nur noch dann zu beschließen, wenn diese einen vollständigen Ausgleich aller Baumfällungen vorsehen. Dabei gilt grundsätzlich, dass ein zu fällender Baum durch zwei Neuanpflanzungen zu ersetzen ist.
- (2) Die derzeit geltende Baumschutzsatzung wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses vom 18.12.2019 Vorlage VII/2019/00485 überarbeitet und angepasst. Diese neue Satzung wird dem Stadtrat im Mai 2021 zur Beschlussfassung vorgelegt.
- (3) Bis zur Beschlussfassung durch den Stadtrat wird Paragraph 3, Satz 4 der Baumschutzsatzung vom 21.12.2011 gestrichen.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262**

**zu 5.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262
Vorlage: VII/2021/02631**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Scholtyssek

Ich gehe davon aus, Frau Jacobi, Sie wollen zunächst starten, dann haben Sie das Wort.

Frau Jacobi

Dankeschön. Seit der Einbringung des Antrags in den Stadtrat im April, haben wir noch intensiver mit vielen Betroffenen uns ausgetauscht und die haben sich mehrheitlich für die Notwendigkeit dieser Einrichtung, dieser Koordinierungsstelle, ausgesprochen. Doch wir nehmen natürlich auch die Bedenken und die Kritik aus den Ausschussdebatten erst, jedoch möchte ich ein Richtigstellung machen, zu den Aussagen, die von der CDU, im speziellen von Herrn Bernstiel und auch von Frau Wünscher im letzten Kulturausschuss getätigt wurden, dass da gesagt wird, dass die Betroffenen gar kein Bedarf sehen. Also, das ist anhand der Gespräche, die wir geführt haben, nicht so deutlich und es können Sie auch gerne in den Interviews, die wird dazu geführt haben, bei uns auf der Webseite nachsehen und nachhö-

ren. Und auch, dass der Runde Tisch der Clubbetreibenden schon ein erfolgreiches Instrument zur Unterstützung ist, wird auch von den Betroffenen so nicht wahrgenommen. Es wurde als nette Informationsveranstaltung sozusagen gesehen. Also, so würde ich auch interpretieren, dass das eher so eine Firsteight-Maßnahme ist, die quasi Symptome behandelt, aber nicht wirklich dazu beiträgt konstant ein sicheres und lebendiges Nachtleben in der Stadt zu etablieren.

Das es den Runden Tisch gibt, ist eher noch ein Argument dafür, diese Koordinierungsstelle. Wir erkennen an, dass wir für den Antrag in der ursprünglichen Form keine Mehrheit finden, aber wir sehen eben das Nachtleben als Querschnittsaufgabe zwischen Ökonomie, Kultur und auch sozialen Miteinander und sehen deswegen als notwendig an, hier eine unterstützende Struktur für die Nachtkultur zu schaffen, insbesondere vor dem Hintergrund der langen Schließungen und der Wiederöffnung nach der Pandemie von Bars und Clubs und Kulturstätten.

Also, im Ergebnis steht Ihnen jetzt ein abgeänderter Antrag zur Abstimmung. Wir haben den Antrag nochmal modifiziert und schlagen vor, die Unterstützungsstruktur für die Nachtkultur auf 3 Pfeiler zu stellen. Erstens soll die Koordinierungsstelle Nachtleben eingerichtet werden, in paritätisch von zwei Ehrenamtlichen und die soll die Arbeit dieser Koordinierungsstelle soll durch einen beratenden Nachtkulturbeirat unterstützt werden. Und sozusagen die... diese Struktur in der Corona-Pandemie diesen runden Tisches kann quasi in diese neue Struktur da überführt werden. Das ist sicherlich fruchtvoll. Und drittens soll eben ein Nachtkulturkonzept entwickelt werden, was quasi den Nachtschwärmern und auch den Bar- und Clubbetreibenden ein sicheres und lebendiges Nachtleben in der Stadt ermöglicht.

Wir möchten diesen Nachtkulturbeirat einrichten und vorerst eben auf ehrenamtlicher Basis arbeiten lassen, sodass wir die Stadtkasse eben nicht belasten. Langfristig halten wir es aber nicht, also, denken wir, es ist fruchtvoller und auch zeitgemäßer, das dann auch auf... mit finanziellen Mitteln zu unterfüttern. Wir begrüßen auch den Vorschlag der Grünen, den Antrag der Grünen, dass sie sich positiv für das Thema interessieren und auch intensiver damit auseinandersetzen möchten, jedoch sehen wir einen Prüfauftrag hier nicht, der Not in der sich die Nachtkulturschaffenden nach der langen Schließung stecken, als gerecht. Die Koordinationsstelle soll damit beauftragt sein, eben ein... intensiv an einem Konzept für ein sicheres und lebendiges Nachtleben für die Zeit nach der Pandemie mitzuarbeiten.

Der Antrag ist ein Aufschlag für eine koordinierte und daher fruchtbare Zusammenarbeit von bestehenden Gremien, wie auch Freiraumbüro, Präventionsrat und Stadtverwaltung. In mehreren Städten der Bundesrepublik wurden bereits sehr gute Erfahrungen mit so einer Koordinierungsstelle gemacht. Wie auch in der Begründung erwähnt, konnten Kleinstkriminalität in den Nachtstunden/Abendstunden bis zu 25 Prozent reduziert werden und da sehen wir auch Halle große Potenziale.

In unserer Nachbarstadt in Leipzig wurde jetzt als erste ostdeutsche Stadt ebenfalls so eine Stelle etabliert und quasi dem Nachtleben auch politisch-administrativ mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Und ich denke, wir als quasi Kulturstadt der Herzen Sachsen-Anhalts sollten ebenfalls bemüht sein, ein Nachtleben zu ermöglichen, wo die Nachtschwärmenden ebenfalls friedvoll und sicher wieder Spaß haben könnten.

Ja, ich freue mich natürlich über Ihre Diskussion, Ihre Anregungen und ja. Danke.

Herr Scholtyssek

Vielen Dank für die Einbringung. Wir haben jetzt schon eine Wortmeldung, aber ich würde zunächst den Grünen noch die Gelegenheit geben, ihren Änderungsantrag kurz einzubringen, sofern sie die Notwendigkeit sehen.

Herr Helmich

Ich denke, das erklärt sich von selber. Die Umformulierung zu einem Prüfauftrag, da brauchen wir jetzt, glaube ich, die Zeit nicht verlängern.

Herr Scholtyssek

Gut, Dankeschön. Dann hat die erste Wortmeldung Herr Heym.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Also, aus unserer Sicht ist dieser Antrag ein trojanisches Pferd. Es wird hier unzulässig mit der Not aufgrund der Corona-Krise versucht, etwas zu etablieren, was einseitig zulasten der entsprechend durch das, wie nennt es Frau Jacobi, lebendige Nachtleben, beschwerten Bürger, die dann, so stellt es der Antrag ja dar, mit Mediatoren ausdiskutieren sollen, wann sie dann Nachtruhe halten könnten oder nicht. In der Regel laufen solche Dinge immer einseitig. Die Rechte, die der Bürger sofort artikulieren und durchsetzen kann, sollen zu seinen Lasten verschoben werden, zugunsten der Nachtschwärmer. Das lehnen wir ab.

Dieser Mediation übt Druck aus und dieser positive Aspekt von zurückgegangener Kleinkriminalität, von mir aus auch der Ordnungswidrigkeiten, ist aus unserer Sicht vielfach darauf zurückzuführen, dass die Prozesse die den Bürgern hier entgegengehalten werden, zur Klärung seiner Beschwerden so kompliziert langwierig sind, dass bestimmte Dinge überhaupt nicht mehr beklagt werden, nicht zur Anzeige gebracht werden, d. h. sie sind nicht verschwunden, sondern sie werden vom Bürger dann erduldet. Das ist das erste.

Wenn dieser Antrag sich darum bemühen würde, der Gewerbetreibenden aufgrund der Corona-Krise wieder einen guten Neustart zu ermöglichen, wären wir dabei, das ist keine Frage. Darum geht es aber nicht. Wie gesagt, es ist aus unserer Sicht ein trojanisches Pferd. Deutlich wurde es auch im Änderungsantrag der Grünen, da ist dann noch von Subkultur die Rede, ich weiß nicht, was unter Subkultur versteht wird. Da aus meinem Begriffen Subkultur durchaus, was ich damit in Verbindung bringe, dass Bürgern die Nachtruhe geraubt werden soll, das ist das, was ich in der letzten Zeit am Bebel-Platz oder am Museum in den Zeitungen gelesen habe, das ist für mich Subkultur. Das sind keine Zustände, die ich hier noch durch irgendwelche Ehrenämter, Interessenvertreter fossieren möchte, sondern ich bin der Meinung, wer hier morgens zu Schicht antreten muss, hat ein Anrecht auf seine Nachtruhe. Dafür sind wir da, als exekutive, das durchzusetzen. Diese Interessen sind bei uns in entsprechende Gesetze gegossen. Wie gesagt, wenn Sie einen Start ermöglichen wollen, für die gebeutelte Branche sind wir dabei, aber hier, naja, Verschiebung der Lasten auf Seiten der Ruhesuchenden zu versuchen, da sind wir dagegen. Das trojanische Pferd werden wir entlarven.

Herr Scholtyssek

Danke, dann hat jetzt als nächstes Frau Krischok das Wort und dann Frau Mark.

Frau Krischok

Wir begrüßen die Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Gastro und Sicherheit im öffentlichen Raum. Wenn Sie sich erinnern, hatten wir 2019 einen Antrag mal eingebracht, der hieß allparteiliches Konfliktmanagement, wo es wirklich um dieses Zusammenleben in der Stadt, ganz besonders natürlich auch nachts, ging. Damals fanden wir keine Mehrheit, deshalb jetzt umso mehr, nochmal dieser Vorstoß von den beiden Fraktionen. Damals wurde uns geantwortet, wir haben dafür einen Ombudsmann. Auch das Freiraumbüro, was natürlich super ist, dass das eingerichtet wurde oder auch die Grillplätze für die Spontanpartys. Alles gut, aber wir halten eine Abstimmung von diesen verschiedenen Bereichen und den Menschen, die eine lebenswerte Stadt haben möchten, für ganz wichtig. Und insbesondere stimmen wir für den Änderungsantrag der Grünen. Danke.

Herr Scholtyssek

Vielen Dank, dann jetzt bitte Frau Mark.

Frau Mark

Ja, vielen Dank. Ich verstehe Frau Jacobi so, dass ein sicheres und lebendiges Nachtleben das Ziel des Ganzen sein soll. Das Ziel unterstützen wir ja durchaus auch gerne. Allein mir fehlt der Glaube, dass die Einrichtung einer solchen Stelle dazu führen würde, denn für eine Sicherheit haben wir durchaus Stellen, von denen wir ja auch in letzter Zeit erleben konnten, wie effizient die waren, oder eben auch zum Teil nicht waren. Das ist das eine. Ich glaube, da gibt es rechtlich wenig zu verhandeln.

Die andere Seite ist natürlich, hier kann man sich mit vielen Leuten an einen Tisch setzen und über bestimmte Dinge diskutieren und mal schauen, wie das funktioniert und wie das nicht funktioniert. In der Corona-Krise wird es momentan natürlich nicht viel lösen. Wenn bestimmte Lokalitäten zu haben, die Leute auf andere Plätze ausweichen, um die herum natürlich Anwohner auch ihre Interessen vertreten sehen möchten. Das ist das nächste. Und ich glaube, was wir hier ermöglichen sollten, sind planerische Dinge, da sehe ich die Aufgabe tatsächlich auch im Planungsausschuss, bestimmte Dinge zu gewährleisten im Rahmen und auch in diesem Ausschuss mal drüber zu diskutieren. Allerdings regelmäßig sich mit allen zusammensetzen, um zu sagen, wir reden mal drüber. Ich kann mir schwerlich bisher jedenfalls vorstellen, was genau das bewirkt und das dann tatsächlich was bewirkt.

Wir sind allerdings offen gegenüber neuen Dingen immer, deswegen möchte ich mich eigentlich für den Änderungsantrag der Grünen aussprechen, denn es auszuprobieren schadet ja nicht. Wir haben ja jetzt so eine Debatte, die einen sagen es bringt was, die anderen sagen, es bringt nicht und es schadet doch nicht, etwas auszuprobieren, wo ich momentan ja sehe, dass es finanziell keine große Belastung wäre, um zu schauen, bringt es denn tatsächlich was. Und danach können wir evaluieren, hat es was gebracht, hat es nichts gebracht. Wir haben jetzt einen Sommer vor uns, bei dem sicher die gleichen Probleme noch Bestand haben werden, und daher kann ich den Grundantrag nicht unterstützen. Den Antrag der Grünen begrüße ich, begrüße auch das darin, die Sicherheitskräfte mitaufgenommen sind, man kann ja schauen, wie die Effekte dann sind, wenn es welche gibt, dann gibt es welche. Das sollte allerdings nicht die Sicherheitskräfte daran hindern weiterhin geltendes Recht durchzusetzen, aber generell sprechen wir uns für den Antrag der Grünen aus.

Herr Scholtyssek

Vielen Dank, dann ist jetzt als nächstes Frau Thomann an der Reihe.

Frau Thomann

Ja, Danke. Zur Augmentation, dass Leipzig jetzt ähnliche Struktur schafft, die halte ich nicht für zielführend, weil ich denke, so gut wie unser Nachtleben ist, mit Leipzig in der Stadt, die mehr als doppelt so groß ist, ist es definitiv nicht zu vergleichen. Also, insgesamt, ich glaube, ich habe es auch schon mal gesagt, insgesamt der Antrag immer noch zu unklar und unser Prüfantrag ist ja etwas mehr als Prüfantrag, sondern wir geben ja im Prinzip auch schon vor, wer alles einbezogen werden soll in die Prüfung usw., sodass wir im Prinzip eine vertiefte Diskussion damit anstoßen, wie und wo die Probleme gelöst werden sollen. Der Vorschlag Ehrenamtliche mit solchen Problemen, wie notwendige Streitschlichtung zu beauftragen, halte ich allerdings, also das ist jetzt die neue Erweiterung, halte ich für tatsächlich verfehlt. Ehrenamtliche ohne irgendwelche Machtoptionen sind einfach absolut ungeeignet als Streitschlichter. Das dürfte sich, glaube ich, überall im Leben zeigen. Ich bitte also konkret nochmal darum, dass unserem Änderungsantrag zugestimmt wird, dass das Thema überhaupt, ich glaube auch, dass es dringend ist, dass es bearbeitet wird und das wir es jetzt vor allem in der Phase der, praktisch des Neuanlaufens der Nachtszene nach der Corona-Pandemie,

dass das Thema wirklich beantwortet wird und ich bitte deshalb darum, dass wir heute zu einer Abstimmung kommen, dass unserem Änderungsantrag zugestimmt wird, damit dieses Thema genau dort bearbeitet wird, wo es eigentlich unserer Meinung nach hingehört. Danke.

Herr Scholtyssek

Gut, dann ist jetzt Herr Krause an der Reihe.

Herr Krause

Ja, in der Intention des Antrags kann ich vollkommen verstehen. Es ist ein wichtiger Impuls. Gleichwohl ich eher in Richtung des Änderungsantrags zur Grünen tendieren würde. Herr Menke wollte ich nur noch, oder wer da vorhin nochmal betonte, nein das war nicht der Herr Menke, der andere Kollege, jetzt habe ich den Namen vergessen. Subkultur – nur zur Aufhellung, also natürlich gibt es Hochkultur und Subkultur und das ist im Grunde immer Bestandteil des kulturellen, städtischen Lebens, das ist nicht irgendwie was Anarchistisches oder irgendwie sowas, zur Erläuterung nur ganz kurz und gehört in eine normale Großstadt-Leben hinzu.

Und ich denke mir, was vorhin noch Frau Krischok gesagt hat, so ein überparteiliches Konfliktmanagement, man kann das nur mal für jemanden empfehlen, der das nicht kennt. In der Stadt München ist das installiert seit 2019 und es gibt ein kommunales europäisches Netzwerk diesbezüglich. Also, das ist ein Thema, was mittlerweile angekommen ist, bei sicherlich größeren Städten, aber wir sind auch keine Kleinstadt, also, das heißt, wir haben als Oberzentren eine kulturelle Ausstrahlung und dazu zählt auch ein attraktives Leben nach 18 Uhr. Gleichwohl ist das nicht ein Freifahrtschein und das steht nirgendwo in den Anträgen, sowohl bei den Grünen, als auch bei dem Ursprungsantrag, dass hier im Grunde genommen Partytreiben bis jenseits 0-Uhr hier fein aufgegeben wird. Also, das kann ich überhaupt nicht herauslesen. Nur mal so als Anregung.

Herr Scholtyssek

Dankeschön. Dann ist jetzt Herr Menke an der Reihe.

Herr Menke

Ja, danke sehr. Also ich möchte auch der Frau Thomann Recht geben, was diese zwei ehrenamtlich beauftragten angeht, ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass die Stadt eine Koordinierungsstelle eingerichtet und dann Ehrenamtliche beauftragt, diese Koordinierungsstelle auch noch zu leiten. Das sieht für mich dann so, als ob dann nicht ein Arbeitsverhältnis entsteht und dafür dann auch entsprechend Lohn bezahlt werden muss. Zumal ja diese Ehrenamtlichen dann auch noch im Druck die Koordinierungsstelle durch einen Nachtkulturbeirat beraten, die dem ehrenamtlich Beauftragten auch wiederum vorstehen. Also, da beraten die Ehrenamtlichen sicher dann offensichtlich sich auch noch selber.

Und der Ausdruck Mediation, der ist ja heute sehr modern im Wirtschaftsleben und überall. Aber Mediation funktioniert nicht so, wie das hier dargestellt wird. Mediation funktioniert zwischen Parteien, die sich freiwillig auf einer Mediation unterworfen haben und hier ist es ja eher so, dass Bevölkerungsgruppen mit dem Nachtleben sowie es sich zum Beispiel am August-Bebel-Platz darstellt, nicht einverstanden sind und andere Bevölkerungsgruppen wieder sagen, wunderbar, wir möchten hier das Nachtleben genießen am August-Bebel-Platz.

Mediation kann da überhaupt nicht in diesem Sinne funktionieren, wie das ursprünglich so angelegt war. Und deswegen halte ich diesen Antrag auch für verfehlt. Wenn gleich ich natürlich anerkenne, dass es in jeder Nachtleben und auch eine Nachtkultur geben muss. Das gehört zu Großstädten. Das ist ganz klar. Da würde ich eher sogar den Änderungsantrag mit diesem Prüfauftrag der Grünen für sinnvoller halten. Aber der ursprüngliche Antrag in sich überhaupt nicht, weil er meiner Meinung nach vollkommen an der Sache auch vorbeigeht, wie so etwas funktionieren kann. Danke.

Herr Scholtyssek

Ja. Dankeschön. Ich würde ganz gerne in einem kurzen Wortvertrag auch meine Zweifel äußern, wie Ehrenamtler das leisten sollen. Wir erinnern uns an Vorfälle in den letzten Wochen und Monaten, da wurden Ordnungskräfte, Polizisten angegriffen, weil sie dort für Ordnung sorgen wollten und Sie wollen jetzt dort Ehrenamtler hin schicken, die dann ohne jegliche Befugnis und Rückendeckung, von wem auch immer, diese doch Konfliktparteien dort vor Ort irgendwie auseinanderhalten und befriedigen wollen. Das stelle ich mir ganz, ganz schwierig vor. Vielleicht kann ja die Stadtverwaltung, Herr Teschner, noch kurz berichten, wie sich diese Station dort zum Beispiel am August-Bebel-Platz für die Ordnungskräfte darstellt. Das scheint ja nicht immer ganz einfach zu sein. Wollen wir zunächst Herr Teschner zu Wort kommen lassen oder wollen Sie gleich, Frau Jacobi? Dann Herr Teschner.

Herr Teschner

Ich möchte mich nicht vordrängeln, aber wenn Sie mich direkt ansprechen, kann ich das natürlich tun.

Ich sehe den Antrag, auch in der Fassung, wie er mit Änderungen vorliegt, eigentlich positiv. Ich glaube auch, dass wir es versuchen sollte. Wir haben natürlich eine Problematik im Nachtleben, die aus den verschiedenen Interessen hervorgeht. Wir sind im bebauten Gebiet und regelmäßig kommt es, sei es im Club oder um den Club oder auch am Bebel-Platz, wo jetzt kein direkter Club ist, zu Interessenskonflikten. Ich weiß jetzt nicht, was mit Subkultur gemeint ist. Meine Feststellung und ich habe so manche Nacht im letzten Sommer auch dort verbracht als Ordnungskraft, muss ich sagen, das sind ganz normale Leute, das sind ganz normale junge Erwachsene und auch ein bisschen ältere Erwachsene und da ist nicht jeder ein Schreihals und ich würde das jetzt nicht als Subkultur bezeichnen. Das ist sicherlich eine freie Kultur, die sich da entwickle hat.

Wir hatten sehr, sehr trockene Sommer, warme Sommer und das hat die Leute rausgezogen, auch in der Pandemie war das eine Möglichkeit sich zu treffen. Wir haben aber Entwicklungen natürlich zu beachten, die Akkuboxen, die gab es früher in der Form nicht und so eine Bassbox war irgendwie uncool und nach zwei Stunden alle. Wir haben Musikstream, wir haben sehr liberale Ladenöffnungszeiten jetzt hier im Land und wir haben natürlich auch nicht mehr allzu viele Jugendclubs mehr im Stadtgebiet, das muss man ganz klar sagen. Es fehlt auch an verschiedenen Angeboten. Es ist realitätsfern zu glauben, dass jeder um 10 nach Hause geht, sich auf das Kopfkissen legt und schläft. Wer das denkt, ist nachts nicht draußen und wir müssen hier ein Angebot schaffen und ich glaube, nur mit Restriktionen werden wir dem nicht unbedingt Herr. Wir merken das. Man kann sich natürlich die ganze Nacht an den August-Bebel-Platz stellen und da was durchsetzen, das funktioniert in weiten Teilen schon. Ich glaube, dass diese anderen Ansätze, wie hie gewählt wird, zumindest den Versuch wert ist. Ob das jetzt übertragen ist aus anderen Großstädten auf die Stadt, muss man sehen, aber ich glaube, das Risiko geht gegen 0 und deshalb sollte man es zumindest versuchen. Ich glaube, auch so wie es formuliert ist, dass man hier vermittelt zwischen Clubs, zwischen Personen, die draußen sind und Anwohnern, das ist ein guter Ansatz. Und ich glaube auch, dass hier nicht gemeint, dass die Ehrenamtlichen oder Nichtehtenamtlichen hier Nachts draußen sein sollen und hier überall dazwischen gehen sollen und sagen, seid bitte leise. Das ist eine Koordinierungsfrage, wo mich sich vielleicht auch grundsätzlich Plätze suchen kann, wo geht sowas, unter welchen Bedingungen ging es vielleicht woanders besser, dass man das vielleicht aus der Sicht anpasst. Vielleicht so ein Clubbetreiber mit dazu nimmt. Und insofern würde ich es für einen Versuch durchaus halt. Ich möchte jetzt hier nicht über Konflikte am August-Bebel-Platz berichten, das hat damit, glaube ich, jetzt nichts zu tun. Es wird immer mal wieder so Konflikten zwischen Ordnungskräften und Personen kommen. Das gab es schon immer und das gibt es auch weiterhin. Ich glaube, der Ansatz hier ist ein anderer.

Herr Scholtyssek

Gut, Dankeschön. Jetzt Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Ich danke Herrn Teschner für diese erläuternden Worte, weil es genau das beschreibt, was unsere Intention ist. Es geht nämlich... Also, dieser Antrag, diese Koordinierungsstelle fasst eigentlich vieles zusammen. Zum einen die Förderung der Nachtkultur, eben nach der Pandemie wieder gut starten zu könne. Dann eben auch dieses Konfliktmanagement und da geht es eben auch darum, wenn man sich mal ein bisschen damit beschäftigt, dass nicht gleich Leute in Uniform dort stehen und dann die Nachtschwärmenden mit Ordnungsmaßnahmen dann maßregeln, sondern es geht einfach darum, auf Augenhöhe zu kommunizieren, zu vermitteln, ein Verständnis dafür aufzubauen, zu sensibilisieren, dass vielleicht an manchen Plätzen es eben unangebracht ist, dort noch so lange laut zu sein und das man nach Alternativen sucht, um eben für alle Bevölkerungsgruppen, die eben hier in der Stadt leben, das sind eben nicht nur die Schichtarbeitenden, sondern eben auch junge Erwachsene, die vielleicht auch mal Ferien haben oder wie auch immer.

Also, und eben genau, noch auch nach 18:00 Uhr gerne draußen sich treffen und sich austauschen wollen. Und genau das soll das, vielleicht nochmal zu dem Kritikpunkt des Ehrenamts. In anderen Städten funktioniert das schon seit Jahren sehr gut im Ehrenamt. Auch hier bei uns haben wir den Ombudsmann für Soziales und der kann eben die Strukturen, die Infrastruktur der Stadtverwaltung nutzen, die schon da sind. Und natürlich würden wir es sehr begrüßen, wenn es später man soweit ist, dass wir in eine andere finanzielle Lage haben und dann ermöglicht wird, dass diese Person auch ein Gehalt bekommt. In anderen Städten gibt es auch Modelle, das diese Stelle anteilig durch eben Aktive aus der Nachtkultur und der Stadtverwaltung bezahlt wird. Da gibt es verschiedene Modelle. Das alles kann man dann erarbeiten. Vielleicht auch nach ersten Anläufen, wo wir es einfach mal probieren, wie es läuft und wie es am besten umzusetzen ist.

Und tatsächlich geht es auch hier um eine Koordinierung, deswegen heißt es auch Koordinierungsstelle, vielleicht auch mit sozialen Trägern, die eben, das was viel zurück gefahren wurde Streetworker losschicken, um eben mit den Nachtschwärmenden sozusagen auf Augenhöhe zu verhandeln oder andere Angebote noch zu schaffen, genau wie Herr Teschner das auch schon beschrieben hat. Also, Ich werbe sehr dafür auch, dass Sie dem Antrag zustimmen, dass wir es versuchen und ich denke, wir sind es unseren Bürgern und Bürgerinnen einfach schuldig auch neue Möglichkeiten für sie zu... ja, und deswegen bitte ich Sie um Zustimmung.

Herr Scholtyssek

Dankeschön. Dann habe ich jetzt noch drei Wortmeldungen. Wir beginnen mit Herrn Heym.

Herr Heym

Dankeschön. Nachdem sich hier alle für die Nachtschwärmer einsetzen, ich setze mich weiterhin für die Bürger ein, die nachts ihren Schlaf brauchen, weil sie morgens für unsere Gesellschaft wichtige Tätigkeiten in ihrem Beruf ausüben und dazu ausgeruht und ausgeschlafen sein müssen.

Ich weiß nicht, wie die auf Augenhöhe nachts dann diskutieren sollen, aushandeln sollen, dass sie diese Ruhe erhalten. Ich möchte im halleschen Krankenhaus keinen Arzt, keine Krankenschwester antreffen, die morgens nicht ausgeschlafen dort zum Dienst erscheinen, weil sie nicht in der Lage waren mit diesen Nachtschwärmer und Ehrenamtlern ihre Nachtruhe auszudiskutieren. Das gleiche trifft die Fahrer der HAVAG und der Busse etc. pp., weil ich habe in den letzten Monaten, es ist ja vorhin schon gesagt wurden, 2019 gab es einen An-

trag der Linken, nie gehört, dass sich jemand hier vehement mal für die Interessen dieser ruhesuchenden Bürger, (unverständlich) Selbstverständlichkeit, die gesetzlich festgelegt ist, nämlich ihre Nachtruhe ab 22:00 Uhr, durchsetzen.

In der Praxis ist es so, es in Halle schon dieses Problem erkennend, dass die Möglichkeit der Spontanparty, die ist mit Stadtrecht geregelt, da ist definiert wo die stattfinden kann und welche Lärmgrenzen einzuhalten sind. Diese Formulierung dieses Stadtrechts definiert aber noch nicht mal, mit welchen Instrumenten diese Lärmgrenzen zu messen sind, das heißt, wenn ich eine Spontanparty anmelde, habe ich ein Lärmprotokoll zu führen, damit ich bestimmte db-Grenzen nicht überschreite. Diesen Nachweis soll ich führen. Dieses Stadtrecht weist aber noch nicht mal aus, mit welchen Geräten ich in welchem Abstand messen soll. Da wird alles möglich anerkannt. Eine tatsächliche Überprüfung vor Ort findet selten statt.

So, und dann gehen bei uns in der Fraktion regelmäßig Beschwerden ein. Und zwar jetzt nicht die entsprechende Zeit, es war noch nicht warm genug und durch Corona auch verboten, sodass das erstmal nicht präsent war dieses Thema. Es wird jetzt wieder kommen, dass aufgrund der Überlastung der Ordnungskräfte, Bürger, wenn sie sich beschwerten, wenn sie ihr Recht auf das staatliche Gewaltmonopol anmelden, da abgewiesen werden, mit dem Hinweis, es wäre eine angemeldete Spontanparty und damit wäre die genehmigt. Das ist genau die Befürchtung, die wir mit dem Antrag hier verbinden. Mit dieser Mediation, dass diese Mediation nicht im Nachgang stattfindet und erst noch für Nachtruhe gesorgt wird, sondern wie die gelebte Praxis, nämlich aufgrund der Überlastung der Ordnungskräfte sich im Moment darstellt, dem Bürger rechtlos zurück lässt. Der Nachtschwärmer der ist fein raus, der kann dann weiter machen und die Krankenschwester, der Arzt, der Straßenbahnfahrer, die Straßenbahnfahrerin und wer auch immer dort betroffen ist, der ist Nase, der kann sich nicht wehren, weil er keine Möglichkeit hat. Er ist in der Regel auch allein. Die Nachtschwärmer meistens alkoholisiert, entsprechend aggressiv und in Gruppen. Das Problem sehen wir. Das wird hier in keiner Weise irgendwo mal angesprochen. Die Leute werden komplett hilflos an der Stelle zurückgelassen und dagegen werden wir uns verwehren und solange die gelebte Praxis immer wieder diese Fälle uns zur Kenntnis bringt, werden wir uns gegen solche Anträge auch aussprechen. Ich sagte es vorhin, das ist ein trojanisches Pferd, weil es geht unter dem Deckmantel Corona-Hilfe – Nachtleben ankurbeln, genau darum, nämlich hier, das ist auch immer wieder angesprochen, (unverständlich) mit dem Verständnis der Jugendlichen, die Rechte der Bürger einzuschränken oder sie dazu zu bringen teilweise darauf zu verzichten, diese nicht mehr durchzusetzen. Dagegen sprechen wir uns aus. Wir sind Interessenvertreter der Bevölkerung, die hier Nachtruhe sucht, weil sie morgens zur Arbeit muss.

Herr Scholtyssek

Ja, Dankeschön. Dann bitte als nächstes jetzt Frau Mark.

Frau Mark

Ja, Herr Heym, ich versteh Ihr Problem nicht so richtig, denn es ist doch eine Koordinierungsstelle und keine Richtwertaufhebungsstelle. Also, es möchte doch keiner mit dieser Stelle irgendwelche Werte aufweichen, abschaffen oder Ähnliches. Und die Problem, die Sie beschrieben haben, das Leute nie ausschlafen, die bestehen doch schon jetzt, die entstehen doch nicht erst durch diese Stelle, sondern diese Probleme die bestehen jetzt, die sind real, das ist richtig. Und wenn Sie sagen, es gibt auf städtischer Ebene keine Vorgaben dafür, wie gemessen werden soll, in welchen abständen usw., so gibt es auf Landesebene und Bundesebene durchaus Beschreibungen dafür, wie Emission und Immission gemessen werden. Also, da kann man sich daran orientieren. Das heißt, es muss nicht alles auf kommunaler Ebene geregelt werden. Da kann man ein (unverständlich) Recht heranziehen. Das Problem verstehe ich tatsächlich trotzdem nicht, denn bestenfalls ist es so, dass die Koordinierungsstelle zu einer Reduzierung des Lärms führt, bestenfalls. Wir wissen nicht, ob das tatsächlich passiert. Aber die Richtwerte die wir haben, die sind natürlich trotzdem einzuhalten, bevor man da über eine Verschärfung zum Beispiel nachdenken würde, was ja auch immer in der

Debatte ist, sollte man tatsächlich auch unabhängig von dieser Stelle, völlig unabhängig von dieser Stelle, und dafür habe ich vorhin schon plädiert, anfangen oder versuchen, Herr Teschner hat es ja beschrieben, dass es schwierig ist und dennoch muss man es tun, bestehendes Recht durchzusetzen und bestehenden Verordnungen durchzusetzen. Aber das hängt für mich nicht mit dieser Stelle zusammen. Die soll hier nicht dazu führen, dass Lärm und Ordnungswidrigkeiten legalisiert werden solle, sondern bestenfalls einigt man sich darauf, aber geht das nicht, dann ist es natürlich für das Ordnungsamt... ist da nicht aus der Pflicht die Dinge anderweitig zu beheben, denn was nützt einem eine Verordnung oder Vorgaben bei Lärm, wenn die tatsächlich nicht eingehalten werden. Und das ist ein grundlegendes Problem. Das betrifft aber nicht diesen Antrag, sondern das ist ein grundlegendes Problem, was wir miteinander diskutieren müssen in Zukunft, wie tatsächlich unsere Ordnungskräfte, hier das Ordnungsamt aufgestellt ist, wie die handlungsfähig sind oder nicht sind. Wenn die Aussage lautet, man könne das nicht durchsetzen, dann muss man was anders machen. Denn es kann ja nicht sein, dass wir das nicht durchsetzen können, was geltendes Recht ist.

Herr Scholtyssek

Dankeschön, dann jetzt als nächster bitte Herr Menke.

Herr Menke

Ja, ich habe eine Frage an Herrn Teschner. Mich hat das eben überrascht, dass Sie gesagt haben, mehrfachen Versuch wäre es mal wert. Ich lese gar nicht in diesem Beschluss, dass das nur ein Versuch ist. Ich lese in dem Beschlussvorschlag, dass die Koordinierungsstelle eingerichtet wird und dann haben wir die an der Backe. Und dann soll ja die Verwaltung noch beauftragt werden ein Nachtkulturkonzept zu entwickeln, bei dessen Erarbeitung der Nachtkulturbeirat, dem die Ehrenamtlichen der Koordinierungsstelle vorstehen, mitwirkt. Ich habe also nicht den Eindruck, dass wir sagen, wir machen das jetzt mal ein Jahr und gucken, ob es was bringt und dann entscheiden wir neu, sondern die Koordinierungsstelle haben wir dann an der Hacke.

(Zwischenrufe)

Herr Dr. Bergner

Darf ich gleich mal eine Frage nachschieben? Meine Frage geht auch an Herrn Teschner.

Herr Scholtyssek

Gut, dann ziehen wir Sie vor, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ja, ich bin nämlich genauso überrascht über die Darlegung, die Herr Teschner gemacht hat. Wenn ich Sie richtig verstehe, ist der Änderungsantrag (unverständlich) jetzt durchführbar und ordentlich dargestellt. Ich würde gerne sicherstellen, dass diese Stellungnahme von Ihnen tatsächlich innerhalb der Verwaltung abgestimmt ist. Denn so ähnlich wie Herr Menke haben wir es ja hier mit einer (Unverständlich) Häufung.

Herr Scholtyssek

Sie sind sehr schlecht zu verstehen, Herr Dr. Bergner, das ist immer mal abgehackt.

Herr Dr. Bergner

... die Verwaltung in einer früheren Stellungnahme hingewiesen hat und die Frage, ob das Ganze... Ja, Moment, ich geh mal mit meinem Bild raus, vielleicht wird es dann besser. Also, bin ich zu hören?

Herr Scholtyssek

Abgehackt.

Herr Dr. Bergner

Hallo? Das tut mir sehr leid, ich habe einfach die Frage an Herrn Teschner, ob seine Stellungnahme innerhalb der Verwaltung abgestimmt ist, weil ich zweifle, da ein neues Gremium geschaffen, auch in Konkurrenz zum Freiraumbüro und wenn, dann brauchen wir auch nicht mehr über den Prüfauftrag, den die Grünen...

Herr Scholtyssek

Also, es ist schwer zu verstehen. Aber ich denke, die Frage ist angekommen. Dann geben wir vielleicht kurz Herrn Teschner die Gelegenheit zu reagieren.

Herr Teschner

Also erstmal zu der Frage von Herrn Menke. Ich würde mal sagen, hier steht zwar nicht drin, das gilt für ein Jahr aber hier steht auch nicht drin, dass es für die Ewigkeit... nichts ist für die Ewigkeit. Ich glaube, man kann davon auch weg, wenn man sagte, das hat nicht geklappt, das ist nicht die große Problematik, dass es kein Grund ist, es nicht zu tun. Und insofern sehe ich die Schwierigkeit hier so nicht, zumindest sowieso auch wie es hier angelegt ist, ist ja auch der finanzielle Rahmen klar überschaubar. Es hier ist jetzt nicht davon die Rede, dass mehrere hunderttausend Euro im Haushalt eingestellt werden. Sie hatten darauf hingewiesen, dass man sicherlich aufpassen muss, dass da nicht von vornherein ein Arbeitsverhältnis daraus entsteht. Das sind Dinge, die man beachten muss. Mir geht's hier um die grundsätzliche Idee, dass sich jemand von dieser Seite dem Thema nähert.

So wie ich Herrn Dr. Bergner verstanden habe, geht es Ihnen um die Frage, ist die Stellungnahme der Verwaltung konstant oder so abgestimmt, dass wir auch morgen noch das Gleiche sagen. Ja, dass was ich hier sage, habe ich schon in gewissem Maße abgestimmt, das ist natürlich jetzt nicht gesamtverwaltungsmäßig abgestimmt, dass jetzt alle Bereiche durchgängig befragt wurden. Das ist sicherlich nicht so, aber Sie können schon darauf verlassen, dass die Stellungnahme hier eine Stellungnahme ist, die auch sicherlich in dieser Debatte, in diesem Monat im Stadtrat nicht völlig widersprüchlich ist. Das ist klar.

Herr Scholtyssek

Gut, Dankeschön. Dann war jetzt eigentlich Herr Helmich als nächster. Herr Paulsen, wollen Sie direkt dazu, oder?

Herr Paulsen

Ich würde gerne kurz ergänzen. Wir haben ja den Antrag verwiesen in die Ausschüsse, weil wir tatsächlich Diskussionsbedarf sahen, welche Aspekte hier vorrangig betroffen sind bei dem Konzept, was gefordert ist, auch vor dem Hintergrund, und da nehmen wir den Bezug auf den grünen Änderungsantrag, dass es in Leipzig ja die Akteure selber waren, die sich auf den Weg gemacht haben und aus einer bestimmten Situation heraus etwas für sie angepasst und entwickelt haben. Und danach eben Unterstützung bei der Verwaltung und in der Politik gesucht haben. Und insofern sind wir als Verwaltung in verschiedenen Ausschüssen unterwegs, beleuchten das von verschiedenen Perspektiven und der Aspekt, den Herr Teschner eben sicherheitspolitisch betrachtet hat, ist so eine Position der Verwaltung. Und Sie haben es im Kulturausschuss mitbekommen und schon im Ausschluss für Wirtschaftsförderung, da gibt es andere Aspekte, die das Thema kritisch beleuchten aus Verwaltungssicht. Aber auch unterstützend, und wir müssen das im Nachgang dieser Gesamtbetrachtung dann in einer neuen Stellungnahme der Verwaltung auch würdigen.

Das werden wir dann auch tun. Im Moment sind wir, genau wie Sie, auch auf der Suche nach einem konsistenten Umgang mit diesem Thema.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank. So dann ist jetzt aber wirklich Herr Helmich dran. Bitte.

Herr Helmich

Ja, ich versuche es auch kurz zu machen, wir haben ja auch schon viel gehört. Ich möchte einmal auch so ein bisschen auch an den Mut hier der versammelten Mannschaft appellieren, denn ich finde... ich habe ganz viel gehört, was alles irgendwie schwierig ist, das wir eine Situation haben, wo in Stadtteilen und an speziellen Orten, die uns bekannt sind, Problemlagen da sind. Aber wenn jetzt jemand wie die Antragstellerin mit einem Vorschlag kommt, die zwischen klassischer Low & Order Politik und wir lassen alles laufen, versucht, eine Art von, ich will nicht sagen Mittelweg, aber doch einen zusätzlichen Ansatzpunkt zu generieren, dann höre ich nur, das geht alles nicht und das finde ich, tut der ganzen Situation überhaupt nicht gut und wird auch keine der Problemlagen, die wir alle anerkennen, also, wir wissen ja alle miteinander, dass es durchaus Konfliktpotenzial gibt und wir wollen das lösen. Aber dann höre ich hier nur, dass das ja nicht funktionieren wird, auch nicht mit dem Ehrenamtlichen, dass das nicht funktionieren wird, generell. Aber ich höre überhaupt keine Vorschläge, wie die Situation, vor allem die Situation, ohne sie zu verschärfen, gelöst werden kann und das finde ich ein bisschen problematisch. Weil, worüber diskutieren wir dann sonst hier, wenn nicht über Lösungen von Problemen?

Und deshalb würde ich doch darum bitten, dieser Situation auch mal die Chance zu geben, mit diesem Projekt, was natürlich scheitern kann, da muss man ja auch nicht die Augen davor verschließen, aber doch mal was auszuprobieren, den ich glaube, es hilft weder Anwohnerin und Anwohnern, es hilft weder den Clubbetreibern und es hilft auch nicht den Feiern den gar nichts zu tun und die Situation jetzt laufen zu lassen. Insofern bitte ich darum, unserem Änderungsantrag, aber generell jedenfalls dem Antrag zuzustimmen.

Herr Scholtyssek

Okay, vielen Dank nochmal. Dann denke ich Frau Jacobi zum Abschluss.

Frau Jacobi

Ich wollte nur nochmal auf Herrn Bergner nochmal kurz reagieren, weil, wenn ich es richtig verstanden habe, dass er gesagt hat, dass das als Konkurrenz zum Freiraumbüro eingerichtet wird, das auf keinen Fall. Wir haben auch mit den uns abgestimmt und haben auch denen nach ihrer Meinung, ihre Einschätzung dazu sehen. Und sie würden das auch eher als Ergänzung zu ihrer Arbeit sehen, weil das nochmal ein Feld aufmacht, wo sie sich gar nicht in der Lage sehen, das noch mit abzudecken, also, wo es eben auch direkt um das Konfliktmanagement geht. Also, in dem Sinne wäre das einfach nur ein erweitertes Angebot dazu und dann eben eine Stelle, die, wie ja auch beschrieben, die Gremien, die es schon bereits gibt koordiniert und dann Synergien schafft, die dann für die Lebensqualität in unserer Stadt einfach zielführend und wichtig sind. Danke.

Herr Scholtyssek

Okay, dann denke ich, können wir in die Abstimmung übergehen. Die beiden Hände, die jetzt noch oben sind, sind wahrscheinlich noch von vorhin oben. Okay, dann beginne ich bei den Sachkundigen. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Grünen zu? Ich frage jetzt ab, ich gehe die Kacheln durch. Wir haben Herrn Breitengraser.

Herr Breitengraser

Zustimmung.

Herr Scholtyssek

Frau Wolf.

Frau Wolf

Zustimmung.

Herr Scholtyssek

Herr Krause.

Herr Krause

Zustimmung.

Herr Scholtyssek

Und Herr Doege.

Herr Doege

Enthaltung.

Herr Scholtyssek

Die Sachkundigen empfehlen also Zustimmung, dann bitte ich jetzt die Stadträte um ihr Votum zum Änderungsantrag der Grünen. Frau Krischok.

Frau Krischok

Ja.

Herr Scholtyssek

Frau Dr. Burkert.

Frau Dr. Burkert

Ja.

Herr Scholtyssek

Herr Heym.

Herr Heym

Nein.

Herr Scholtyssek

Herr Menke.

Herr Menke

Ja.

Herr Scholtyssek

Frau Thomann.

Frau Thomann

Ja.

Herr Scholtyssek

Herr Helmich.

Herr Helmich

Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Jacobi.

Frau Jacobi
Nein.

Herr Scholtyssek
Frau Mark.

Frau Mark
Ja.

Herr Scholtyssek
Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner
Enthaltung.

Herr Scholtyssek
Und ich selbst stimme mit Nein. Dann dürfte der Änderungsantrag angenommen sein. Frau Lange nickt. Gut, dann ist die eigentliche Vorlage entsprechend geändert und wir stimmen dann über die geänderte Vorlage ab. Ich beginne wieder mit den sachkundigen Einwohnern. Herr Breitengraser.

Herr Breitengraser
Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Wolf.

Frau Wolf
Ja.

Herr Scholtyssek
Herr Krause.

Herr Krause
Ja.

Herr Scholtyssek
Und Herr Doege.

Herr Doege
Enthaltung.

Herr Scholtyssek
Gut, das war auch eine Zustimmung. Jetzt die Stadträte. Frau Krischok.

Frau Krischok
Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Dr. Burkert.

Frau Dr. Burkert
Ja.

Herr Scholtyssek
Herr Heym.

Herr Heym
Nein.

Herr Scholtyssek
Herr Menke.

Herr Menke
Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Thomann

Frau Thomann
Ja.

Herr Scholtyssek
Herr Helmich

Herr Helmich
Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Jacobi.

Frau Jacobi
Ja.

Herr Scholtyssek
Frau Mark.

Frau Mark
Ja.

Herr Scholtyssek
Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner
Enthaltung.

Herr Scholtyssek
Und ich stimme mit Nein, dann ist der Antrag angenommen.

-Wortprotokoll Ende-

zu 5.5 **Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben**
Vorlage: VII/2021/02262

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der ~~Die~~ **Oberbürgermeister Stadtverwaltung** wird beauftragt, **die Einrichtung** einer Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. einer Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur ~~einzurichten~~ **zu prüfen. Dazu sind relevante Vertreter*innen aus mindestens der Club-, Subkultur- und Kreativszene, der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, der Stadtverwaltung und Polizeidirektion einzubeziehen. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Ende 2021 vorgelegt.**

Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

zu 5.5.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben; BV VII/2021/02262**
Vorlage: VII/2021/02631

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Die Oberbürgermeister Stadtverwaltung wird beauftragt, **die Einrichtung** einer Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. einer Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur einzurichten zu prüfen. **Dazu sind relevante Vertreter*innen aus mindestens der Club-, Subkultur- und Kreativszene, der Gastronomie und Veranstaltungsbranche, der Stadtverwaltung und Polizeidirektion einzubeziehen. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat bis Ende 2021 vorgelegt.**

Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Konzept öffentliche Toiletten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02596**

Herr Heinz führte in die Informationsvorlage der Verwaltung ein.

Frau Krischok stellte zwei, vorab schriftlich eingereichte, Fragen:

Das Konzept zu den öffentlichen Toiletten wurde uns mit Stand 20.05.2021 vorgelegt. Ich stelle fest, dass die Aussage auf Seite 12 zur Toilettenanlage Ziegelwiese nicht richtig ist.

Wurde eine Zusammenarbeit mit der HAVAG geprüft bzgl. der Erstellung öffentlich zugänglicher Toiletten an den Endhaltestellen der Straßenbahn, z. B. in Ammendorf, Trotha, Büschdorf und Kröllwitz?

Herr Heinz bestätigte den Fehler auf Seite 12. In diesem Jahr ist wegen der Haushaltssperre keine provisorische Toilettenanlage möglich. Derzeit ist die Stadtverwaltung bestrebt, eine Lösung über Sponsoring zu generieren.

Zur Frage 2 sagte er, dass keine Synergien genutzt werden können. Die Toiletten an den Endhaltestellen sind nur für die Fahrerinnen und Fahrer der HAVAG vorgesehen.

Frau Thomann regte an, professionelle Komposttoiletten einzusetzen.

Herr Heinz sicherte eine Prüfung der Anregung zu.

Frau Jacobi kritisierte, dass im Konzept eine zeitliche Perspektive zur Sanierung bzw. Aufstellung der Toiletten fehlt. Sie regte eine erneute Befragung der Gastronomen zum Modell Nette Toilette an, mit dem Hinweis einer finanziellen Unterstützung.

Herr Heinz sagte, dass zeitnahe Abfragen zum Modell Nette Toilette in der Altstadt getätigt werden. Die Ergebnisse der Umfrage werden bei Vorliegen zur Verfügung gestellt. Wichtig ist es, die bestehenden Toiletten wiederherzustellen.

Herr Scholtyssek fragte, was die Stadtverwaltung gegen den Vandalismus in den Toilettenanlagen tun kann. Er fragte, ob eine Außenvideoüberwachung möglich ist.

Herr Heinz sagte, dass Projekte wie Nette Toilette und öffentliche Toiletten, wie im Ratshof, einen Vorzug haben. Überwachungen sind nur begrenzt möglich.

Herr Krause sagte, dass eine fortlaufende Ertüchtigung zum Erhalt der Toiletten beiträgt. Er begrüßte das Projekt Nette Toilette und fragte, ob Franchise oder Leasing, inkl. kostenloser Bezahlssysteme, eine Möglichkeit darstellt.

Herr Heinz antwortete, dass an frequentierten Standorten (Bsp. Marktschlösschen) Dienstleister (Toilettenfrau/Toilettenmann) eingesetzt werden. Er sicherte eine interne Betrachtung automatisierter Systeme zu. Generell ist das Budget für die Toilettenunterhaltung gering.

Frau Dr. Burkert bedankte sich für das vorliegende Toilettenkonzept. Der Wunsch der Bevölkerung nach einer Toilette auf der Peißnitz ist sehr hoch. Sie regte an, das Projekt Nette Toilette am Standort Peißnitz nochmal besonders zu bewerben und ggf. eine Beschilderung zu installieren.

Herr Heinz antwortete, dass eine Toilette in der Peißnitzbühne und im Peißnitzhaus vorhanden ist. Er sicherte eine schriftliche Stellungnahme zur Peißnitzinsel zu.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass derzeit über Sponsoring an einer Toilettenlösung auf der Ziegelwiese gearbeitet wird.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zum Hochwasserschutzkonzept

Herr Johannemann informierte anhand einer Präsentation über das Hochwasserschutzkonzept.

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Mitteilung und sagte, dass das Thema nochmals in einer Präsenzausschusssitzung vertieft werden sollte. Er fragte, ob das ausgearbeitete Konzept den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Johannemann antwortete, dass es sich dabei um eine umfangreiche Studie handelt. Eine entsprechende Aufarbeitung wird intern besprochen. Der Stadtrat wird bei der Umsetzung und Priorisierung der Maßnahmen mit einbezogen.

Herr Krause empfahl, das Konzept nochmal auszureichen, um sich damit auseinanderzusetzen zu können. Er sagte, dass die Studie auf ein Jahrhunderthochwasser setzt. In Halle gab es allerdings ein Jahrtausendhochwasser. Er bat um Stellungnahme.

Herr Johannemann sagte, dass Siedlungsgebiete für ein hundertjähriges Ereignis geschützt werden. Wenn der Stadtrat einen höheren Schutzstandard (HQ100) wünscht, muss nachgerüstet werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Dr. Burkert zur Parksituation im Oleanderweg

Frau Dr. Burkert stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zur Parksituation im Oleanderweg:

Ein Bürger hat uns mitgeteilt, dass ab dem späten Nachmittag im Oleanderweg Autos und ein 3,5 Tonnen Fahrzeug auf dem Fußweg oder in der entgegengesetzten Fahrtrichtung parken. Das Ordnungsamt würde dort nur selten kontrollieren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Stadtverwaltung:

1. Wie schätzt die Verwaltung die Parksituation im Oleanderweg ein?
2. Ist es angedacht, dass das Ordnungsamt in dieser Straße verstärkt Kontrollen durchführt, die die ordnungsgemäße Abstellung kontrollieren?

Herr Teschner antwortete, dass die Parksituation nicht so angespannt, wie dargestellt ist. Er schlug vor, in den kommenden Wochen verstärkt Kontrollen durchzuführen.

zu 8.2 Frau Dr. Burkert zum Saaleradweg

Frau Dr. Burkert fragte nach dem aktuellen Stand zur Installation der Wegweiser, Bodenmarkierungen, E-Ladestationen und Anbindung des Saaleradweges zum Bahnhof.

Herr Rebenstorf antwortete, dass ein entsprechender Vortrag für den Planungsausschuss im September 2021 vorbereitet wird.

zu 8.3 Frau Dr. Burkert zum Alkoholverbot

Frau Dr. Burkert fragte, ob an der Saalepromenade ab 20 Uhr weiterhin ein Alkoholverbot besteht und wenn ja, wann dieses, aufgrund der sinkenden Inzidenzzahlen aufgehoben wird.

Herr Teschner antwortete, dass nach geltender Eindämmungsverordnung zwischen 20 Uhr und 6 Uhr morgens ein Alkoholverbot besteht. An einer Überarbeitung der Verordnung wird derzeit gearbeitet.

zu 8.4 Frau Krischok zu Naturlehrpfaden

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Frage zu Naturlehrpfaden:

Laut Berichten von Bürger/innen befinden sich die Naturlehrpfade der Dölauer Heide in einem schlechten Zustand. Daher stellen wir folgende Anfragen:

1. Wann wurden die Naturlehrpfade in der Dölauer Heide zuletzt überprüft?
2. Welche Ergebnisse hatte diese Prüfung?
3. Welche Maßnahmen zur Erhaltung der Naturlehrpfade sind geplant?

Herr Johannemann verwies auf die Hauptausschusssitzung im Oktober 2020. Die Stadtverwaltung hat im September 2020 die Lehrpfade überprüft. Vereinzelte Mängel, wie Erneuerungen von QR-Codes wurden beseitigt. Eine Überarbeitung der Internettexpte des ersten Teils des Lehrpfades ist erfolgt. Derzeit wird noch Teil 2 überarbeitet.

zu 8.5 Frau Thomann zum Robert-Franz-Ring

Frau Thomann bezog sich auf die Straßensanierung am Robert-Franz-Ring und fragte, ob und wann die Fahrradschutzstreifen angebracht werden.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Streifen in den nächsten Wochen auf die Fahrbahn aufgetragen werden.

zu 8.6 Frau Jacobi zu Verkehrskontrollen in der Geiststraße

Frau Jacobi bezog sich auf die Fragen im gestrigen Planungsausschuss zu Verkehrskontrollen in der Geiststraße und sagte, dass Herr Rebenstorf in Absprache mit Herrn Teschner die Beantwortung der Fragen im heutigen Ausschuss zugesichert hat.

Herr Rebestorf antwortete, dass die Fragen konkretisiert werden sollten und bat um schriftliche Einreichung.

zu 8.7 Frau Jacobi zum Leitsystem für sehbehinderte am Bahnhof

Frau Jacobi bezog sich auf das Leitsystem für sehbehinderte am Bahnhof. Zurzeit befindet sich ein Verkaufsstand für Erdbeeren (nähe Straßenbahnhaltestelle), welchen das Leitsystem beeinträchtigt. Sie fragte, ob eine Überprüfung möglich ist.

Herr Teschner sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.8 Herr Doege zu E-Roller

Herr Doege berichtete von neuen E-Rollern im Stadtgebiet. Er fragte, ob nicht nur eine Firma im Stadtgebiet zugelassen ist.

Herr Teschner antwortete, dass die neuen E-Roller der Firma Bolt gehören. Derzeit gibt es keine rechtliche Möglichkeit andere Anbieter auszuschließen. Im Zuge der Erstellung des Mobilitätskonzeptes wird ermittelt, wie viele Roller benötigt werden. Auf dieser Grundlage erfolgt dann ein Vergabeverfahren.

Herr Doege fragte, ob es auch mit der Firma Bolt vertragliche Vereinbarungen (Geschwindigkeit, Fahrstandorte) wie mit der Firma Tier gibt.

Herr Teschner antwortete, dass es sich um ein freiwilliges Handeln der beiden Firmen handelt. Vertragliche Regelungen gibt es nicht.

Herr Scholtyssek bezog sich auf die Aussagen im Workshop zum Mobilitätskonzept, dass die Sondernutzung ausgeschrieben wird. Er fragte, weshalb diese jetzt an eine Bedarfsermittlung gebunden ist.

Herr Teschner antwortete, dass vorher ermittelt werden muss, wie viele ausgeschrieben werden können. Eine unbegrenzte Zahl ist nicht zielführend.

Herr Scholtyssek schlug vor, die bisherige Anzahl der E-Roller in die Vorlage zu setzen. Änderungsanträge könnten dazu immer noch eingereicht werden.

zu 8.9 Herr Krause zum Runden Tisch Radverkehr und Wasserhaushalt

Herr Krause fragte, ob ein Termin für den Runden Tisch Wasserhaushalt und Fahrrad bekannt gegeben werden kann.

Herr Paulsen antwortete, dass es noch interne Abstimmungen für einen Termin des Runden Tisches Fahrrad gibt.

Herr Johannemann ergänzte, dass derzeit ein Termin für den Runden Tisch Wasserhaushalt vor der Sommerpause geprüft wird.

zu 8.10 Frau Dr. Burkert zur Außengastronomie

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Stadtverwaltung den Gastronomen bei den umfangreichen Corona-Auflagen Unterstützung bieten kann.

Herr Teschner antwortete, dass es sich dabei um eine Landesverordnung handelt, welche durch die Kommunen umgesetzt wird. Ermessensspielräume sind nicht möglich.

zu 8.11 Frau Dr. Burkert zur Zugverbindung

Frau Dr. Burkert berichtete, dass es auch dieses Jahr keine direkte Zugverbindung nach Rügen gibt. Sie fragte, ob das der Stadtverwaltung bekannt ist und ob Gespräche diesbezüglich mit der Deutschen Bahn geplant sind.

Herr Rebenstorf sicherte eine Kontaktaufnahme mit der Deutschen Bahn zu.

Herr Doege wies darauf hin, dass es eine Direktverbindung an die Ostsee gibt.

zu 8.11 Frau Dr. Burkert zum Runden Tisch Radverkehr

Frau Dr. Burkert fragte, ob es noch einen Termin für den Runden Tisch Radverkehr vor der Sommerpause gibt.

Herr Rebenstorf verwies auf die Antwort von Herrn Paulsen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Sitzungsleiter

Sarah Lange
Protokollführerin